

## Ruanda

Länderinformationen zu den Europäischen  
Kriterien für Waffenexporte



# INHALT

---

<b>ZUSAMMENFASSUNG</b>	<b>2</b>
------------------------	----------

---

<b>Teil I: Informationen zum Sicherheitssektor</b>	<b>4</b>
Deutsche Rüstungsexporte	4
Bedeutung deutscher Großwaffensysteme für das Empfängerland	6
Militärausgaben	8
Lokale Rüstungsindustrie	9
Streitkräftestruktur	9
Bewaffnung der Streitkräfte	12
Die Rolle des Militärs in der Gesellschaft	14
Polizei und andere Sicherheitskräfte	15

---

<b>Teil II: Informationen zu den Kriterien des Gemeinsamen Standpunkts</b>	<b>17</b>
Einhaltung internationaler Verpflichtungen	17
Achtung der Menschenrechte im Empfängerland	18
Innere Lage im Empfängerland	22
Erhaltung von Frieden, Sicherheit und Stabilität in der Region	24
Bedrohung von Alliierten	27
Verhalten in der internationalen Gemeinschaft	28
Unerlaubte Wiederausfuhr	30
Wirtschaftliche und technische Kapazität des Landes	31

## ZUSAMMENFASSUNG

---

### Sicherheitssektor in Ruanda

Ruanda ist kein zentrales Empfängerland deutscher Rüstungsexporte. So wurden zwischen 2002 und 2022 keine kompletten Großwaffensysteme nach Ruanda exportiert. Zuletzt wurden aus Deutschland Teile für Flugkörperabwehrsysteme für Luftfahrzeuge (2018) und ein Drohnerdetektions- und Abwehrsystem (2020) im Gesamtwert von 16,46 Millionen Euro importiert. Generell hat Ruanda in den letzten Jahren nur vereinzelt und in geringem Umfang Rüstungsgüter eingeführt. So nimmt es für den Zeitraum zwischen 2018 und 2022 lediglich den 93. Platz unter den weltweiten Rüstungsimporteuren ein.

Das Land besitzt derzeit keinerlei eigene Rüstungsindustrie und nur sehr begrenzte Instandhaltungskapazitäten und ist daher auf ausländische Importe angewiesen. Es ist jedoch zu erwarten, dass Ruanda in nächster Zeit eigene Kapazitäten zur Produktion von Kleinwaffen und möglicherweise gepanzerter Fahrzeuge aufzubauen gedenkt. Partner hierzu könnte Äthiopien sein.

Die Rwandan Defence Forces (RDF) gelten weithin als eine disziplinierte und gut ausgebildete Armee, die sich zu einem zentralen Sicherheitsakteur, nicht nur in West-Afrika, entwickelt hat. Soldat:innen der RDF sind an einer Vielzahl an multilateralen Friedens- und Stabilisierungsmissionen, unter anderem in der Zentralafrikanischen Republik (MINUSCA), Sudan (UNISFA) und Südsudan (UNMISS), mit großen Kontingenten beteiligt. Sowohl das Heer als auch die Luftwaffe verfügen jedoch nur über eine sehr begrenzte Anzahl an schweren Waffen, die überwiegend als veraltet gelten.

Im Post-Genozid-Ruanda spielt das Militär gesellschaftlich eine sehr zentrale Rolle. Dies liegt zum einen daran, dass die Rwanda Patriotic Army (RPA) unter politischer Führung der Ruandischen Patriotischen Front (Rwandan Patriotic Front; RPF), den Genozid militärisch beendete. In Teilen der Bevölkerung genießen die aus der RPA hervorgegangenen Streitkräfte RDF daher bis heute eine Heldenrolle. Durch den Sieg übernahmen zum anderen auch Führungsfiguren der RPA – nicht zuletzt Präsident Paul Kagame – politische Führungspositionen und sorgten so für eine sehr enge Beziehung zwischen Regierung und Militär. Das Militär – insbesondere der Militärangeheimdienst DMI - ist auch an Repressionen gegen oppositionelle Kräfte beteiligt. So sind zwischen 2010 und 2016 diverse Fälle sowohl unrechtmäßiger Verhaftung als auch Folter von Regierungsgegner:innen dokumentiert.

Zentral für die Aufrechterhaltung der inneren Ordnung ist die Rwanda National Police (RNP), die im Jahr 2000 die drei an unterschiedlichen Ministerien angesiedelten Einheiten der Gendarmerie Nationale (Verteidigungsministerium), der Communal Police (Innenministerium) sowie der Judicial Police (Justizministerium) ablöste. Trotz diverser Schutzmechanismen kam es nach dem Human Rights Bericht des US State Department 2021 zu etlichen Fällen von tödlicher Polizeigewalt, die nicht untersucht wurden. Zudem sind diverse Vorkommnisse bekannt, bei denen Personen verschwanden, von Sicherheitskräften illegal inhaftiert oder gefoltert wurden. Auch im Zuge der Maßnahmen der Corona-Pandemie kam es zu Polizeigewalt, illegalen Verhaftungen und sexuellen Übergriffen.

### Kriterien des Gemeinsamen Standpunkts der Europäischen Union

Die Ruandische Patriotische Front (RPF) dominiert das Land. Präsident Kagame wurde 2017 mit 98,8 Prozent der Stimmen wiedergewählt und könnte verfassungsgemäß bis 2034 regieren. Eine nennenswerte Opposition gibt es nicht. Die innergesellschaftlichen Spannungen zwischen den ethnischen Gruppen sind jedoch nach wie vor spürbar bzw. drohen von im Nachbarland Kongo operierenden Gruppen wieder ins Land hineingetragen zu werden. Die Beziehungen zwischen Ruanda und mehreren Nachbarländern – allen voran der Demokratischen Republik Kongo (DRC) – sind angespannt.

Obwohl Ruanda der Mehrzahl der gängigen internationalen Abrüstungs- und Rüstungskontrollverträgen beigetreten ist, hat es bis heute den Internationalen Waffenhandelsvertrag von 2014 nur unterschrieben, aber nicht ratifiziert. Gegenüber dem UN-Waffenregister UNROCA hat das Land 2001 seinen ersten und bisher einzigen Bericht eingereicht.

Das Land ist der Mehrzahl der wichtigen Anti-Terrorismus-Abkommen und allen relevanten internationalen Abkommen zur Bekämpfung von Kriminalität ohne Einschränkungen beigetreten. Dennoch bestehen insbesondere im Bereich der Kriminalität noch große Herausforderungen, etwa im Menschenhandel. So beuten noch immer kriminelle In- und Ausländer Menschen in Ruanda als Zwangsarbeiter:innen in Haushalten, der Landwirtschaft, dem Bergbau und im Dienstleistungssektor aus oder bieten sie als Prostituierte in Hotels an. Auch liegen laut einem Bericht der UN-Expertengruppe für die DRC aus dem Jahr 2022 deutliche Hinweise für illegale Weitergabe von Waffen an bewaffnete Gruppen in der DRC vor.

Ruanda gehört der Weltbank zufolge mit einem Pro-Kopf-Nationaleinkommen von 930 US-Dollar (2022) zu den Ländern mit einem niedrigen Einkommen („low income economies“). Auf dem Global Competitiveness Index belegt es 2019 Platz 100 von 141 Staaten. Ruanda ist hoch verschuldet und gehört zu den ärmsten Ländern weltweit. Dem Human Development Index zufolge weist es 2021 eine „niedrige menschliche Entwicklung“ auf. Es zählt zu den sogenannten Least Developed Countries (LDC) und steht hinsichtlich der Erreichung zahlreicher Sustainable Development Goals vor erheblichen Herausforderungen. Parallel dazu verfügt es über einen moderaten Militarisierungsgrad. Rüstungsexporte nach Ruanda laufen auf Basis von Kriterium 8 des Gemeinsamen Standpunktes Gefahr, die Entwicklung des Landes negativ zu beeinflussen.

## Teil I: Informationen zum Sicherheitssektor

## Deutsche Rüstungsexporte

Tabelle 1

*Deutsche Rüstungsexporte nach Außenwirtschaftsgesetz, 2002-2022 (in Millionen Euro)*

Jahr	Güter / in Prozent des Gesamtwertes	Gesamtwert
2002	---	---
2003	---	---
2004	---	---
2005	---	---
2006	---	---
2007	---	---
2008	Brückenpontons: 100%	0,07
2009	---	---
2010	---	---
2011	---	---
2012	---	---
2013	---	---
2014	---	---
2015	---	---
2016	---	---
2017	---	---
2018	Teile für Flugkörperabwehrsysteme für Luftfahrzeuge: 100%	0,014
2019	---	---
2020	Drohnerdetektions- und -abwehrsystem: 99,9%	16,45
2021	Drohnerdetektions- und -abwehrsystem: 86,9%	10,44

Jahr	Güter / in Prozent des Gesamtwertes	Gesamtwert
2022	---	---

Quelle: Rüstungsexportberichte der Bundesregierung 2002-2022, verfügbar auf der Website des Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz <https://www.bmwk.de/>

Schaubild 1

Deutsche Rüstungsexporte, 2002–2022

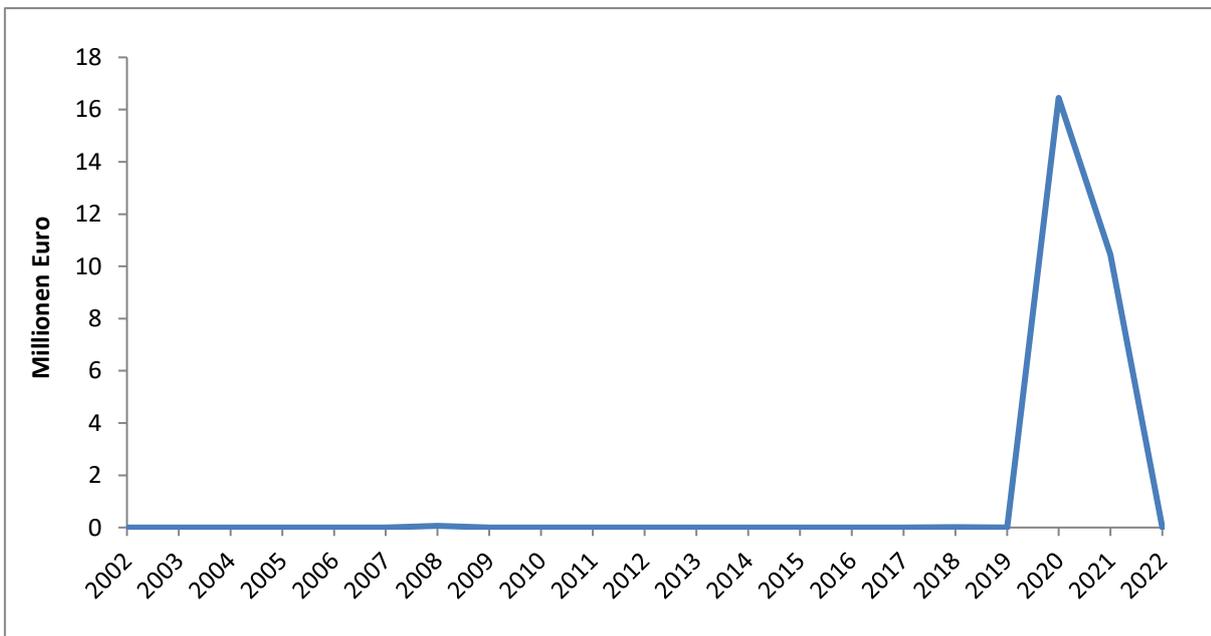


Tabelle 2

Auszug aus dem Waffenhandelsregister von SIPRI, Lieferungen aus Deutschland nach Ruanda 2002-2022

Da Deutschland zwischen 2002 und 2022 keine kompletten Großwaffensysteme nach Ruanda lieferte, gibt es keine Angaben zu deutschen Exporten dorthin in der Arms Transfer Datenbank von SIPRI.

Quelle: SIPRI Arms Transfers Database, [https://armstrade.sipri.org/armstrade/page/trade\\_register.php](https://armstrade.sipri.org/armstrade/page/trade_register.php)

## Bedeutung deutscher Großwaffensysteme für das Empfängerland

**Tabelle 3**

*Höhe der Exporte von Großwaffensystemen nach Ruanda 2018-2022, Mio. TIV<sup>1</sup>*

Jahr	2018	2019	2020	2021	2022	2018-2022
Summe	3	1	-	58	-	62

Quelle: SIPRI Arms Transfers Database: <https://armstrade.sipri.org/armstrade/page/values.php>

**Tabelle 4**

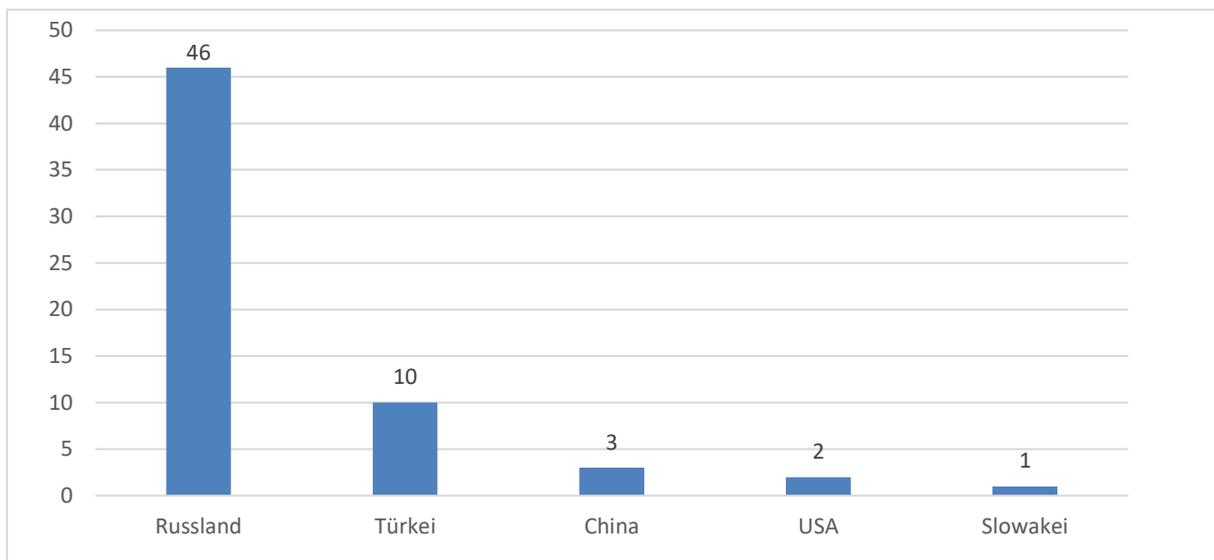
*Deutsche Exporte von Großwaffensystemen nach Ruanda 2018-2022, Mio. TIV*

Da Deutschland zwischen 2018 und 2022 keine kompletten Großwaffensysteme nach Ruanda lieferte, gibt es keine Angaben zu deutschen Exporten dorthin in der Arms Transfer Datenbank von SIPRI.

Quelle: SIPRI Arms Transfer Database, <https://armstrade.sipri.org/armstrade/page/values.php>

<sup>1</sup> SIPRI gibt die Werte als sogenannten Trend Indicator Value (TIV) an. Der TIV basiert auf den bekannten Produktionskosten für bestimmte Waffensysteme und bildet den militärischen Wert in einer eigenen hypothetischen Einheit ab. So werden etwa Wertverluste bei älteren und gebrauchten Geräten berücksichtigt. Der TIV bildet damit eher den militärischen als den finanziellen Wert ab. Weiterführend, siehe SIPRI, Arms Transfers Database, abrufbar unter: <https://www.sipri.org/databases/armstransfers/background#TIV-tables>

Schaubild 2

**Wichtigste Lieferanten der Rüstungsgüter 2018-2022, Mio. TIV**

Quelle: SIPRI Arms Transfers Database, <https://armstrade.sipri.org/armstrade/page/values.php>

**Kommentar zu den Waffenkäufen**

Ruanda importierte in den letzten Jahren nur vereinzelt und in geringem Umfang Rüstungsgüter. Für den Zeitraum zwischen 2018 und 2022 nimmt Ruanda den 93. Platz unter den weltweiten Rüstungsimporteuren ein.

Größter Lieferant war in diesem Zeitraum Russland, was auf die Lieferung von vier im Jahr 2019 geordneten Mi-35M Kampfhubschraubern zurückgeht, die 2021 von Ruanda importiert wurden. Die Türkei als zweitgrößter Rüstungslieferant Ruandas im genannten Zeitraum exportierte 49 gepanzerte Mannschaftstransporter des Typs Hizir im Jahr 2021. An dritter Stelle folgt China, dessen Exporte nach Ruanda drei 122mm Panzerhaubitzen des Typs CS/SH-1 und 50 Panzerabwehrraketen des Typs Red Arrow-9 enthielten. Beide Systeme wurden zwischen 2017 und 2018 an die ruandischen Streitkräfte ausgeliefert. An vierter Stelle folgen die USA, die 2021 zwei leichte Transportflugzeuge des Typs Cessna-208 Caravan lieferten, welche die ruandischen Streitkräfte logistisch bei UN-Missionen unterstützen sollen. Der vermutliche Gesamtwert beider Flugzeuge liegt bei 10 Millionen US-Dollar, so dass anzunehmen ist, dass es sich um eine Teilspende handelt, bei der die Differenz der Beträge durch den US-amerikanischen Staat beglichen wurden. An fünfter Stelle folgt die Slowakei, welche zwei gebrauchte 122mm-Mehrfachraketenwerfer RM-70 nach Ruanda exportierten.

## Militärausgaben

**Tabelle 5**

***Absolute Militärausgaben und Anteil am BIP***

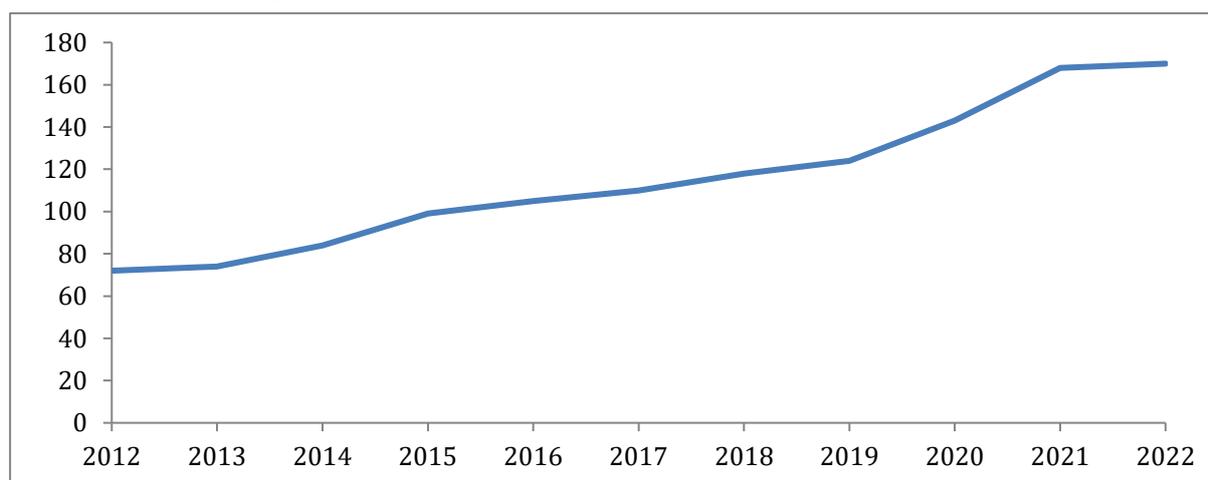
	2018	2019	2020	2021	2022
Militärausgaben (in Millionen US-Dollar)	118	124	143	168	170
Anteil am BIP (in Prozent)	1,2	1,2	1,5	1,5	1,5
Anteil an Staatsausgaben (in Prozent)	4,7	4,3	4,4	4,8	4,5

Angaben in konstanten Preisen mit 2021 als Basisjahr.

Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

**Schaubild 3**

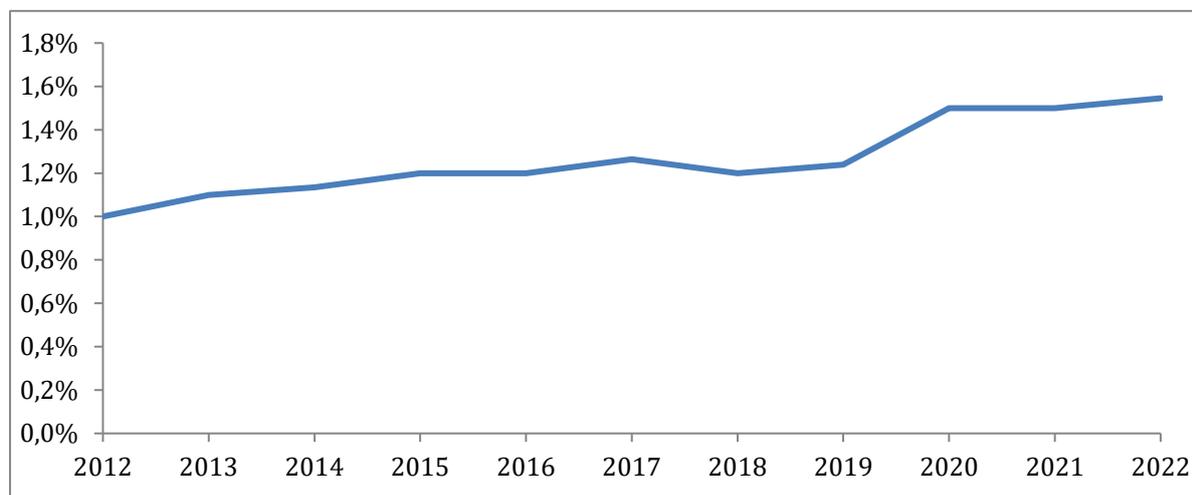
***Absolute Militärausgaben, Trend 2012 – 2022 in Mio. US-Dollar***



Angaben in konstanten Preisen mit 2021 als Basisjahr.

Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

## Schaubild 4

**Anteil der Militärausgaben am BIP, Trend 2012 – 2022 (in Prozent)**

Angaben in konstanten Preisen mit 2021 als Basisjahr.

Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

## Lokale Rüstungsindustrie

Ruanda besitzt keine eigene Rüstungsindustrie und nur sehr begrenzte Instandhaltungskapazitäten. Es ist daher auf ausländische Importe angewiesen.

Im Jahr 2018 legte die Regierung jedoch die rechtlichen Grundlagen für den privaten Erwerb, die Lizenzierung, die Herstellung sowie den Handel mit Waffen. Es ist daher zu erwarten, dass Ruanda in nächster Zeit eigene Kapazitäten zur Produktion von Kleinwaffen und möglicherweise gepanzerter Fahrzeuge aufzubauen gedenkt. Das Gesetz hatte einige Kontroversen ausgelöst; vor dem Hintergrund des Genozids sind eine Mehrzahl der Ruander:innen gegen die Erleichterung des privaten Waffenbesitzes. So ergab eine nicht repräsentative Twitter Umfrage der [New Times](#), dass 84 Prozent der Befragten einen solchen ablehnt.

Möglicher Partner beim Aufbau eigener Produktionskapazitäten könnte Äthiopien sein. Das Land verfügt über einige Rüstungsbetriebe, welche unter dem Dach des Defense Industry Sector versammelt sind. Die Beziehungen zwischen beiden Ländern sind gut.

## Streitkräftestruktur

Wehrpflicht: Nein

**Box 1****Gesamtstärke der Streitkräfte**

33.000 aktive Streitkräfte, davon:

Heer: 32.000

Marine: keine

Luftwaffe: 1.000

Luftabwehreinheiten: keine

Reserve: k. A.

Paramilitärische Einheiten: 2.000 (District Administration Security Support)

Quelle: IISS Military Balance 2023

**Tabelle 6****Stärke der Streitkräfte, Trend 2014–2022**

	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022
Aktive in 1.000 (IISS)	33	33	33	33	33	33	33	33	33
Soldat:innen auf 1.000 Einwohner:innen (BICC Berechnungen)	2,9	2,8	2,8	2,7	2,6	2,6	2,5	2,5	2,4

Quellen: IISS Military Balance, 2015-2023, World Bank

**Kommentar**

Die ruandischen Streitkräfte (Rwanda Defence Force; RDF) gehen auf die Ruandische Patriotische Armee (Rwanda Patriotic Army, RPA), den bewaffneten Arm der Ruandischen Patriotischen Front (Rwandan Patriotic Front; RPF), zurück. Die RPF übernahm 1994 die Macht in Ruanda, woraufhin die RPA die neuen Streitkräfte des Landes bildeten.

Die RDF bestehen aus Heer (Rwanda Army), Luftwaffe (Rwanda Air Force) und Reserve-Spezialeinheiten (Rwanda Reserve Force and Special Units), die seit 2002 dem Kommando des Chief of Defence Staff unterstehen. Die RDF sind eine reine Berufsarmee; eine Wehrpflicht existiert nicht. Sie steht Männern und Frauen gleichermaßen offen.

Das Heer bildet mit 32.000 Soldat:innen die größte Teilstreitkraft; gefolgt von der Luftwaffe (1.000 Soldat:innen). Eine Marine besitzt Ruanda als Binnenland nicht. Mit einer Gesamtstärke von 33.000 Soldat:innen ist das ruandische Militär vergleichsweise groß. So sind die Streitkräfte des deutlich größeren und bevölkerungsreicheren nördlichen Nachbarn Uganda nur unwesentlich größer (45.000 Soldat:innen). Im regionalen Durchschnitt liegt Ruanda mit 2,5 Soldat:innen pro 1.000 Einwohner:innen vor Uganda (1,0), der DRK (1,5) und Tansania (0,4). Lediglich das Nachbarland Burundi weist ebenfalls 2,5 Soldat:innen pro 1.000 Einwohner:innen auf.

Die Aufgaben der RDF bestehen in der Verteidigung der territorialen Integrität sowie der nationalen Souveränität des Landes, der Unterstützung anderer Sicherheitsorgane in der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und der Strafverfolgung, der

Katastrophenhilfe sowie der Teilnahme an internationalen Peacekeeping- bzw. humanitären Hilfsmissionen. Mit diesem Aufgabenspektrum geht die RDF bereits über das vieler anderer Armeen hinaus, denen lediglich die Aufgabe der Landesverteidigung zugeschrieben wird. Darüber hinaus wird ihr jedoch auch noch eine Entwicklungsfunktion zugeschrieben, was durchaus bemerkenswert ist. So sind die Streitkräfte etwa am Ausbau der Infrastruktur oder an Gesundheitskampagnen beteiligt und treten auch als ökonomischer Akteur in Erscheinung. So verfügt die RDF etwa über eine eigene Bank (CSS Zigma), eine Versicherung (Military Medical Insurance) und ist auch im produzierenden Gewerbe tätig (Horizon Group). Die RDF nimmt damit insgesamt eine sehr zentrale Stellung innerhalb der Gesellschaft ein.

Die RDF gilt weithin als eine disziplinierte und gut ausgebildete Armee, die sich nicht nur in Westafrika zu einem zentralen Sicherheitsakteur entwickelt hat. Soldat:innen der RDF sind an einer Vielzahl an multilateralen Friedens- und Stabilisierungsmissionen, unter anderem in der Zentralafrikanischen Union (MINUSCA), Sudan (UNISFA) und Südsudan (UNMISS) mit großen Kontingenten beteiligt. Mit derzeit 5.935 Soldat:innen im Einsatz ist Ruanda hinter Bangladesch, Nepal und Indien der viertgrößte Truppensteller der UN (Stand: Juni 2023). Mit der Beteiligung an multilateralen Friedensmissionen versucht Präsident Kagame aktiv, den Ruf der RDF zu verbessern, die durch ihre Rolle in den sogenannten Kongo-Kriegen (1996-97; 1998–2003; 2007-2009) als Interventionsarmee berüchtigt war. Seit 2020 operiert die RDF auch verstärkt jenseits multilateraler Missionen. So regeln mehrere bilaterale, zwischen Ruanda und der Zentralafrikanischen Republik (ZAR) geschlossenen Verträge das Engagement ruandischer Truppen dort. Dies betrifft auch die Einsatzregeln der RDF (Rules of Engagement). Waren Ruandas Truppen vormals an die strengen Regeln MINUSCA's gebunden, stiegen mit der Zahl der eingesetzten Truppen auch deren Freiheiten, außerhalb des Mandats im Land zu operieren. Diese Tendenz zu bi- statt multilateralen Kooperationen kann einerseits als Versuch gesehen werden, Kagames Motto „African solutions to African problems“ umzusetzen. Andererseits kennzeichnet er eine problematische Entwicklung, in der die RDF zunehmend ohne Kontrolle durch internationale bzw. regionale Organisationen operiert und die Gegenleistungen für das Engagement Ruandas oft nicht transparent sind. Seit 2021 unterstützt die RDF auch die Zentralregierung Mosambiks in der Provinz Cabo Delgado aktiv in ihrem Kampf gegen Kämpfer:innen des Islamischen Staates (Islamic State's Central Africa Province; IS-CAP). Obwohl hier Truppen der Southern African Development Community Mission in Mozambique (SAMIM) im Land sind, kooperieren Ruanda und Mosambik bilateral. Auch in Mosambik erweisen sich die RDF-Truppen als hoch diszipliniert und effizient, konnten sie doch binnen Wochen die Lage stabilisieren. Während etliche Fälle von Menschenrechtsverbrechen der Mozambique Armed Defence Forces (FADM) bekannt sind, liegen zu RDF-Truppen keine solche Berichte vor. Ähnlich wie in der ZAR setzt die RDF auch in Mosambik auf eine enge Kooperation mit den lokalen Gemeinden in den befreiten Gebieten. Sie setzt dort ihr umuganda-Konzept um, welches auf eine enge zivil-militärische Zusammenarbeit und den Wiederaufbau der Infrastruktur abzielt. Dennoch sind auch hier die Bedingungen für den Einsatz der RDF unklar. Während sich Kigali auf die Stärkung des Responsibility-to-Protect (R2P)-Prinzips bezieht und den Schutz der Zivilbevölkerung als Ziel angibt, gibt es Berichte, dass Zahlungen durch den Total-Konzern oder aus Frankreich das Engagement beeinflusst haben könnten.

## Bewaffnung der Streitkräfte

Tabelle 7

*Heer*

Waffenkategorien	Anzahl	Kommentar
Schwere Panzer	34	
Aufklärer	90	
Schützenpanzer	38	
Bergepanzer	Einige	Basierend auf T-54/1-55
Gepanzerte Mannschaftstransporter	Mehr als 60	
Artillerie	Mehr als 177	
Panzerabwehr	Einige	HJ-9A
Luftabwehr	Einige	9K32 Strela-2 (SA-7 Grail)

Quelle: IISS Military Balance 2023

**Kommentar**

Mit 32.000 Soldat:innen ist das Heer die mit deutlichem Abstand größte Teilstreitkraft der ruandischen Streitkräfte. Es gliedert sich in die Elemente Kampftruppen (Combat Units), Unterstützungstruppen (Combat Support Units und Combat Service Support Units), Spezialeinheiten (Special Units) und Schulen (Service Schools). Hauptaufgabe der ruandischen Armee ist die Landesverteidigung.

Das Heer besteht überwiegend aus leichten Infanterieeinheiten und weist einen geringen Mechanisierungsgrad auf. Ihm stehen insgesamt 34 Kampfpanzer der Typen T54/T55 und Ti-67S zur Verfügung. Bei ersteren handelt es sich um veraltetes Gerät unklaren Ursprungs. Die Ti-67S sind in Israel modernisierte T-62-Panzer, die 2013 eingeführt wurden. Neben diesen Panzern besitzt das Heer insgesamt mehr als 177 Artilleriesysteme, von denen der Großteil auf gezogene Haubitzen der Typen D30 (122-mm) bzw. 54 (152-mm) aus russischer bzw. chinesischer Produktion entfällt. Ergänzt werden diese durch Mehrfachraketenwerfer der Typen RM-70 und LAR-160. Erstere wurden aus der Slowakei gebraucht importiert, Letztere stammen ursprünglich aus israelischer Produktion. In den letzten Jahren wurden überdies einige moderne Artilleriesysteme der Typen Lynx bzw. ATMOS-2000 aus Israel beschafft, die 2008 bzw. 2011 geliefert wurden.

Der Großteil der 90 von der ruandischen Armee eingesetzten Aufklärungsfahrzeuge entfällt auf überschüssige Fahrzeuge des Typs AML-60/-90 aus französischer Produktion. Ähnlich sind auch die 38 Schützenpanzer meist veraltet. Kaum moderner sind auch die gepanzerten BTR bzw. WZ-551 Truppentransportern aus russischer und chinesischer Produktion. Diese wurden jedoch zwischen 1996 und 2012 systematisch mit insgesamt 25 Mine-Resistant ambush protected (MRAP) Mehrzweck-Infanterie-

Mobilitätsfahrzeugen des Typs RG-31 Nyala ergänzt, welche aus Südafrika importiert wurden. Zusätzlich beschaffte die ruandische Armee zwischen 2012 und 2017 insgesamt 76 gepanzerte Mehrzweckfahrzeuge des Typs Cobra aus der Türkei.

**Tabelle 9**  
**Luftwaffe**

Waffenkategorien	Anzahl	Kommentar
Kampfhubschrauber	5	
Transporthubschrauber	1	
Mehrzweckhubschrauber	12	

Quelle: IISS Military Balance 2023

### Kommentar

Die ruandische Luftwaffe ist mit 1.000 Soldat:innen nicht besonders groß. Ihre Hauptaufgaben liegen in der Verteidigung des ruandischen Luftraumes und der Luftnahunterstützung der ruandischen Armee. Nebenaufgaben liegen in der Katastrophenhilfe, der Feuerbekämpfung, des VIP-Transportes sowie der Notrettung und Bergung.

Nach Angaben der Military Balance des IISS verfügt die Luftwaffe über keine Flugzeuge. Neueren Angaben der SIPRI Arms Transfers Database bzw. des Informationsdienstes Jane's Defence zufolge erhielt Ruanda jedoch 2021 im Rahmen einer US-amerikanischen Hilfslieferung zwei Transportflugzeuge des Typs Cessna-208 Caravan. Diese sollen insbesondere die internationalen Peacekeeping-Einsätze der ruandischen Armee unterstützen.

Die restliche Luftflotte besteht aus Helikoptern, überwiegend Kampfhubschrauber der Typen Mi-24V/Mi-24P bzw. Mehrzweckhubschrauber des Typs Mi-17. Erstere wurden zwischen 1998 und 1999 gebraucht aus Belarus geliefert, stellen aber trotz ihres Alters immer noch relativ wirkungsvolle Systeme dar. Die Mehrzweckhubschrauber des Typs Mi-17 exportierte zwischen 1999 und 2000 bzw. zwischen 2014 und 2015 Russland. Bei einigen dieser Hubschrauber handelt es sich vermutlich um gebrauchte Modelle; unter ihnen befindet sich auch ein Hubschrauber des bewaffneten Modells Mi-17MD. Bei den zuletzt zwischen 2014 und 2015 gelieferten sechs Hubschraubern handelt es sich um Modelle des Typs Mi-17V, die die ruandische Peacekeeping-Mission im Südsudan unterstützen sollten. Diese Version kann ebenfalls bewaffnet werden, ist aber, wie die restlichen Mehrzweckhubschrauber, etwas in die Jahre gekommen.

Bisher unbestätigten Angaben des Informationsdienstes Jane's Defence zufolge überignete das Emirat Katar Ruanda zwei leichte Aufklärungs- bzw. Kampfhubschrauber des Typs Gazelle.

### Box 4

#### *Paramilitärische Einheiten*

---

*Zentrale Sicherheitskräfte:  
2.000 (District Administration Security Support)*

Quelle: IISS Military Balance 2023

### Box 5

#### *Peacekeeping*

---

*Südsudan (UNMISS): 2.642 Soldat:innen  
Zentralafrikanische Republik (MINUSCA): 2.148 Soldat:innen  
Sudan (UNISFA): 3 Soldat:innen  
Mosambik: 1.500 Soldat:innen*

Quelle: IISS Military Balance 2023

## Die Rolle des Militärs in der Gesellschaft

Im Post-Genozid-Ruanda spielt das Militär (Rwandan Defence Forces; RDF) eine zentrale Rolle. Dies liegt zum einen daran, dass die Rwanda Patriotic Army (RPA), aus der die RDF hervorgingen, unter politischer Führung der Ruandischen Patriotischen Front (Rwandan Patriotic Front; RPF), den Genozid militärisch beendete. Für Teile der Bevölkerung nehmen die Streitkräfte eine Heldenrolle ein<sup>2</sup>. Zum anderen übernahmen mit dem Sieg auch Persönlichkeiten der RPA – allen voran Präsident Paul Kagame – politische Führungspositionen und sorgten so für eine sehr enge Beziehung zwischen Regierung und Militär. Nach dem Sieg der RPA im Jahr 1994 wurden darüber hinaus auch Teile der ehemaligen FAR und damit viele Hutu in die zuvor Tutsi-dominierte RPA übernommen und somit die Grundlage dafür geschaffen, dass das Militär zu einem wichtigen Symbol der Einheit für alle Ruander:innen in der Zeit nach dem Genozid werden konnte.

Vertreter:innen der RPA knüpften nach der Machtübernahme rhetorisch an eine lange Tradition des Militarismus an, welcher auf das Nyiginya-Königreich im siebzehnten Jahrhundert zurück geht. Das Nyiginya-Königreich unterschied sich von seinen Nachbarn darin, dass es bereits im frühen 18. Jahrhundert ein stehendes Heer aufbaute, welches zugleich Ausgangspunkt für die administrative Struktur des Reiches wurde. Damit war aber auch der Grundstein für eine Geschichte und Kultur der Gewalt und Eroberung gelegt. So ging der Begriff „Eroberung“ (ku-aanda) sogar in den Namen des Landes, Ruanda, ein. Auch während etwa zwei Drittel der 40-jährigen Herrschaft Rwabugiris, welche sich wahrscheinlich auf die Jahre zwischen 1853-1895 erstreckte, befand sich das Land im Krieg. Diese an Gewaltkonflikten reiche Geschichte brachte schließlich die Klasse der

---

<sup>2</sup> Diese Heldenrolle wird durch den sog. Liberation Day, der jährlich am Juli zelebriert wird, im Gründungsnarrativ des neuen Ruanda verankert.

Intore, der „auserwählten“ Tutsi-Elite-Krieger hervor, die gesellschaftlich weithin als gesellschaftliches Vorbild betrachtet wurden.

Mit dem Itorero ry'Igihugu Programm knüpft die RPF-Regierung ab 2009 an diese Tradition an. Es zielt auf die Gestaltung einer neuen Gesellschaft ab, in der klassische militärisch-heroische Ideale wie Vaterlandsliebe, Heldentum und die Aufopferung für die Gemeinschaft im Zentrum stehen. Dieser Bezug auf die Geschichte und deren Fortsetzung in der aktuellen Politik stärkt das hohe Ansehen des Militärs bzw. des Militärischen weiter.

Auch ökonomisch entwickelte sich die RDF, schnell zu einem bedeutenden Akteur. Nicht zuletzt dürften im Zuge der Kongo-Kriege illegal abgebaute natürliche Ressourcen (überwiegend Diamanten, Gold und Edelhölzer) dafür einen wichtigen Beitrag geleistet haben. Mit der CSS Zigama Bank verfügt das Militär heute über eine eigene Bank, mit der Military Medical Insurance über eine eigene Versicherung und mit der Horizon Group über weitere rentable Unternehmen im produzierenden Gewerbe. Über diverse Unternehmen ist es in vielen Bereichen des täglichen Lebens präsent und tritt auch als (sozialer) Entwicklungsakteur in Erscheinung, etwa im Straßenbau oder während der sogenannten Army Weeks, in denen es Bürger:innen in ländlichen Gebieten kostenlose Gesundheitsvorsorge anbietet.

Das Ansehen und die Legitimität des Militärs werden sowohl im In- als auch im Ausland durch sein Engagement in diversen Peacekeeping-Missionen – allen voran im Sudan – noch weiter gestärkt.

Das Militär – insbesondere der Militärgeheimdienst DMI (Directorate of Military Intelligence) - ist jedoch auch an Repressionen gegen oppositionelle Kräfte beteiligt. So dokumentierte die Menschenrechtsorganisation [Human Rights Watch](#) zwischen 2010 und 2016 diverse Fälle unrechtmäßiger Verhaftung und Folter von Oppositionellen. Dem Bericht zufolge wurden vor allem vermeintliche Sympathisant:innen der Democratic Forces for the Liberation of Rwanda (FDLR) oder des Rwanda National Congress (RNC) auf Militärbasen interniert, wo sie durch Mitglieder der RDF gefoltert und zu Geständnissen gezwungen wurden. Inwieweit die RDF darüber hinaus systematisch an Menschenrechtsverbrechen beteiligt sind, ist unklar (siehe „[Achtung der Menschenrechte im Empfängerland](#)“). Umfragedaten des Afrobarometers zum Vertrauen der Bevölkerung in die eigene Armee liegen für Ruanda nicht vor.

## Polizei und andere Sicherheitskräfte

Tabelle 10

***Ausgaben für öffentliche Ordnung und Sicherheit der Zentralregierung, gemessen am BIP (in %)***

Für die Jahre 2017 bis 2021 liegen für Ruanda keine Daten in der Datenbank des Internationalen Währungsfonds vor.

Quelle: IMF Government Finance Statistics.

[https://data.imf.org/?sk=4e9geda6-45f6-4dcc-bd50-45fc207a6af5&hide\\_uv=1](https://data.imf.org/?sk=4e9geda6-45f6-4dcc-bd50-45fc207a6af5&hide_uv=1)

### Kommentar

Zentral für die Aufrechterhaltung der inneren Ordnung ist die Rwanda National Police (RNP), die im Jahr 2000 die drei an unterschiedlichen Ministerien angesiedelten Einheiten der Gendarmerie Nationale (Verteidigungsministerium), der Communal Police (Innenministerium) sowie der Judicial Police (Justizministerium) ablöste. Die RNP wird von einem Inspector General geleitet und untersteht dem Ministerium für Innere Sicherheit. Ziel dieser Reform war es einerseits, durch die Zentralisierung der Polizei und Abschaffung konkurrierender Organe zu einer Effektivierung beizutragen. Andererseits sollte auch eine Demilitarisierung der Polizei erreicht werden, zum Beispiel im Falle der Gendarmerie, die sich am Vorbild der ehemaligen Kolonialmacht Belgiens und seiner paramilitärischen Tradition orientierte. So wurden 2000 etwa alle Ränge der Polizei von militärischen Rängen zu zivilen umgewandelt. Die Grundsätze der neuen Polizei sollten dem Schutz der fundamentalen und gesetzlich garantierten Rechte dienen. Auch die Zusammenarbeit mit lokalen Gemeinden sollte enger gestaltet und die Rechenschaftspflicht ihnen gegenüber gestärkt werden. Teile der Gendarmerie, die diesen Bestrebungen nicht entsprachen, wurden im Zuge dieser Reform entweder durch den Inspector General entlassen oder in die Armee integriert. Ebenso übergab die Gendarmerie Teile ihrer Bewaffnung an die Armee.

Im Jahr 2000 erließ die Regierung Präsident Kagames den Police Act, nach dem ein neues Kontrollgremium, das sogenannte Police Council geschaffen wurde. Die Mitglieder dieses Gremiums werden von dem:der Innenminister:in ernannt, und sind sowohl für die Rekrutierung und Ausbildung als auch die Kontrolle der Nationalen Polizei zuständig. Zusätzlich existiert die unabhängige Rwanda Human Rights Commission, die die Einhaltung der Menschenrechtsstandard behördenübergreifend überprüft. Um Korruption in der Polizei zu bekämpfen und Kontrolle sicherzustellen, wurde seitens des Innenministeriums zudem ein Department of Inspectorate Service gegründet. Im Jahr 2005 folgte die Einführung eines Police Disciplinary Code of Conduct, welcher interne Sanktionen für Fehlverhalten regelt.

Neben den RDF und der RNP existiert noch ein dritter, in der Verfassung verankerter Sicherheitsdienst: Der Nationale Geheimdienst National Intelligence and Security Service (NISS). Dieser fungiert sowohl als Inlands- als auch als Auslandsgeheimdienst und ist neben dem Schutz der nationalen Sicherheit auch für Ein- und Auswanderung zuständig.

Trotz diverser Schutzmechanismen kam es nach dem [Human Rights Bericht des US State Department](#) 2021 zu etlichen Fällen von tödlicher Polizeigewalt, die nicht durch die genannten Aufsichtsbehörden bzw. Die Judikative untersucht wurden. Zudem sind diverse Vorfälle bekannt, bei denen Personen verschwanden, von Sicherheitskräften illegal inhaftiert oder gefoltert wurden. Im Zuge der Maßnahmen im Zuge der Corona-Pandemie kam es überdies nach Angaben von [Human Rights Watch](#) zu Polizeigewalt, illegalen Verhaftungen und sexuellen Übergriffen. Insbesondere bei verschwundenen Personen – oftmals oppositionelle Politiker:innen, Aktivist:innen oder Journalist:innen (siehe auch [„Achtung der Menschenrechte im Empfängerland“](#)) – ist es in der Regel nicht möglich diese Menschenrechtsverstöße einem bestimmten Sicherheitsdienst zuzuordnen. Es ist jedoch anzunehmen, dass diese eher den Geheimdiensten als der regulären Polizei anzulasten sind.

## Teil II: Informationen zu den Kriterien des Gemeinsamen Standpunkts

Bewertung auf Grundlage der [BICC-Datenbank](#)

Kriterium	Bewertung
1. Einhaltung internationaler Verpflichtungen	Nicht kritisch
2. Achtung der Menschenrechte im Empfängerland	Kritisch
3. Innere Lage im Empfängerland	Möglicherweise kritisch
4. Erhalt von Frieden, Sicherheit und Stabilität in der Region	Möglicherweise kritisch
5. Bedrohung von Alliierten	Nicht kritisch
6. Verhalten in der internationalen Gemeinschaft	Möglicherweise kritisch
7. Unerlaubte Wiederausfuhr	Kritisch
8. Wirtschaftliche und technische Kapazitäten des Landes	Kritisch

Quelle: Bonn International Centre for Conflict Studies (BICC): Rüstungsexport-Datenbank (ruestungsexport.info).

## Einhaltung internationaler Verpflichtungen

**Tabelle 11**

### *Mitgliedschaft in Abrüstungs- und Rüstungskontrollverträgen*

Kurzname des Abkommens	Status	Quelle
Chemiewaffen-Protokoll von 1928	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Partieller atomarer Teststopp Vertrag von 1963	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Weltraumvertrag von 1967	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Non-Proliferationsvertrag für Nuklearwaffen von 1970	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Vertrag zum Verbot von Massenvernichtungswaffen auf dem Meeresboden von 1972	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Biologie- und Toxinwaffen-Konvention von 1975	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch

Kurzname des Abkommens	Status	Quelle
Konvention zum Verbot der Veränderung der Umwelt zu unfriedlichen Zwecken von 1978	Nicht beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Konvention zum Verbot bestimmter konventioneller Waffen von 1983	Nicht beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Chemiewaffen-Konvention von 1997	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Anti-Personenminen-Konvention (Ottawa Vertrag) von 1999	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Übereinkommen über Streumunition von 2010	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Der Internationale Waffenhandelsvertrag von 2014	Unterzeichnet, nicht ratifiziert	SIPRI Jahrbuch

### Kommentar

Ruanda ist der Mehrzahl der gängigen internationalen Abrüstungs- und Rüstungskontrollverträgen beigetreten. Den Internationalen Waffenhandelsvertrag von 2014, der den Handel mit konventionellen Waffen regelt sowie den illegalen Handel mit konventionellen Waffen und deren Abzweigung verhindern soll, hat Ruanda zwar unterschrieben, bis heute jedoch nicht ratifiziert. Nichtsdestotrotz bekennt sich das Land zu dem Vertrag. Eine Ratifizierung ist daher in Zukunft zu erwarten. Nicht beigetreten ist das Land hingegen der Konvention zum Verbot der Veränderung der Umwelt zu unfriedlichen Zwecken (Convention on the Prohibition of Military or any other Hostile Use of Environmental Modification Techniques) von 1978 sowie der Konvention zum Verbot bestimmter konventioneller Waffen (Convention on Certain Conventional Weapons) von 1983. Insbesondere Letzteres ist gravierend, da sich die Konvention vor allem auf den Schutz von Zivilist:innen im Krieg bezieht und im Jahr 2001 auch auf innerstaatliche Kriege ausgeweitet wurde. Auf regionaler Ebene hat Ruanda den Vertrag über eine afrikanische kernwaffenfreie Zone, den sogenannten Pelindaba Vertrag, ratifiziert.

Gegen Ruanda sind derzeit weder vonseiten der EU noch der UN Sanktionen oder Waffenembargos verhängt.

### Achtung der Menschenrechte im Empfängerland

Tabelle 12

#### *Mitgliedschaft in UN-Menschenrechtsabkommen*

Abkommen	Status	Quelle
Internationales Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung, 1969	Beigetreten	<a href="http://treaties.un.org">http://treaties.un.org</a>
Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte, 1976	Beigetreten	<a href="http://treaties.un.org">http://treaties.un.org</a>
Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte, 1976	Beigetreten	<a href="http://treaties.un.org">http://treaties.un.org</a>

Abkommen	Status	Quelle
Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW), 1981	Beigetreten	<a href="http://treaties.un.org">http://treaties.un.org</a>
Fakultativprotokoll zum CEDAW, 2000	Beigetreten	<a href="http://treaties.un.org">http://treaties.un.org</a>
Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe, 1987	Beigetreten	<a href="http://treaties.un.org">http://treaties.un.org</a>
Übereinkommen über die Rechte des Kindes, 1990	Beigetreten	<a href="http://treaties.un.org">http://treaties.un.org</a>
Fakultativprotokoll zum Übereinkommen über die Rechte des Kindes betreffend den Verkauf von Kindern, die Kinderprostitution und die Kinderpornographie, 2002	Beigetreten	<a href="http://treaties.un.org">http://treaties.un.org</a>
Fakultativprotokoll zum Übereinkommen über die Rechte des Kindes betreffend die Beteiligung von Kindern an bewaffneten Konflikten, 2002	Beigetreten	<a href="http://treaties.un.org">http://treaties.un.org</a>

## Box 6

### **Auszug aus dem Länderbericht des US-amerikanischen Außenministeriums zur Menschenrechtspraxis für Ruanda 2022**

*Rwanda is a constitutional republic dominated by a strong presidency. The ruling Rwandan Patriotic Front party leads a governing coalition that includes four smaller parties. In 2017 voters elected President Paul Kagame to a third seven-year term with a reported 99 percent of the vote. One independent candidate and one candidate from an opposition political party participated in the presidential election, but authorities disqualified three other candidates. In the 2018 elections for parliament's lower house, the Chamber of Deputies, candidates from the Rwandan Patriotic Front coalition and two other parties supporting Rwandan Patriotic Front policies won all but four of the open seats. For the first time, independent parties won seats in the chamber, with the Democratic Green Party of Rwanda and the Social Party Imberakuri winning two seats each. In both the 2017 and 2018 elections, international monitors reported numerous flaws, including irregularities in the vote tabulation process. In 2019, 12 new senators were elected to the 26-member Senate via indirect elections. Faculty at public and private universities elected two other senators. President Kagame appointed another four senators, and the National Consultative Forum for Political Organizations designated two, in accordance with the constitution. In 2020 the National Consultative Forum for Political Organizations designated two new senators, including a member of the Democratic Green Party of Rwanda. The Rwanda National Police, under the Ministry of Internal Security, is responsible for domestic security. The Rwanda Defense Force, under the Ministry of Defense, also works on internal security and intelligence matters alongside the Rwanda National Police. The Rwanda Investigation Bureau is responsible for investigative functions formerly performed by the Rwanda National Police, including counterterrorism investigations, investigation of economic and financial crimes, and judicial police functions. Civilian authorities maintained effective control over state security forces. There were reports members of the security forces committed some abuses. Significant human rights issues included credible reports of: unlawful or arbitrary killings; torture or cruel, inhuman, or degrading treatment or punishment by the government; harsh and life-threatening prison conditions; arbitrary*

*detention; political prisoners or detainees; transnational repression against individuals located outside the country, including killings, kidnappings, and violence; arbitrary or unlawful interference with privacy; serious restrictions on free expression and media, including threats of violence against journalists, unjustified arrests or prosecutions of journalists, and censorship; serious restrictions on internet freedom; substantial interference with the freedom of peaceful assembly and freedom of association, including overly restrictive laws on the organization, funding, or operation of nongovernmental and civil society organizations; serious and unreasonable restrictions on political participation; and serious government restrictions on or harassment of domestic and international human rights organizations. The government took some steps to prosecute or punish officials reported to have committed human rights abuses and acts of corruption, including within the security services, but impunity involving civilian officials and some members of the state security forces was a problem.*

Quelle: United States Department of State, Country Report on Human Rights Practices 2022  
<https://www.state.gov/reports/2022-country-reports-on-human-rights-practices/rwanda/>

### Box 7

#### **Auszug aus dem Jahresbericht von Amnesty International für 2022/2023**

*Rwanda signed an agreement with the UK for the relocation of asylum seekers. Paul Rusesabagina continued to be denied a fair trial. Draft legislation to give access to contraceptives for people over 15 was rejected. Women's dress and right to privacy were policed. Teachers' salaries were increased but students' living allowances were not. Bloggers and journalists continued to be harassed, intimidated, persecuted and unlawfully detained by the authorities. No information was provided on Innocent Bahati's fate and whereabouts. Two people were killed in an armed attack on a bus. Trials against alleged perpetrators of the 1994 genocide continued.*

Quelle: Amnesty International Report 2022/2023  
<https://www.amnesty.org/en/location/africa/east-africa-the-horn-and-great-lakes/rwanda/>

### Box 8

#### **Bewertung bürgerlicher und politischer Rechte durch Freedom House 2023**

*Bewertung für Ruanda auf einer Skala von 0 für völlig unfrei bis 100 für völlig frei:*

*Bürgerliche Rechte: 15*

*Politische Rechte: 8*

*Gesamtbewertung: Nicht frei (23/100)*

*Die Bewertung von Freedom House ist subjektiv, sie beruht auf dem Urteil von Expert:innen, deren Namen von Freedom House nicht bekannt gemacht werden.*

### Box 9

#### Auszug aus dem Länderbericht von Freedom House 2023

*The Rwandan Patriotic Front (RPF), led by President Paul Kagame, has ruled the country since 1994, when it ousted forces responsible for that year's genocide and ended a civil war. While the regime has maintained stability and economic growth, it has also suppressed political dissent through pervasive surveillance, intimidation, arbitrary detention, torture, and renditions or suspected assassinations of exiled dissidents.*

Quelle: <https://freedomhouse.org/country/rwanda/freedom-world/2023>

### Kommentar

Ruanda ist allen relevanten Menschenrechtsabkommen der UN beigetreten. Nichtsdestotrotz gilt es nach Einschätzung von Freedom House als „nicht frei“. Insbesondere die bürgerlichen und politischen Rechte sind stark eingeschränkt.

Nachdem zwischen 1994 und 2000 Ruanda zunächst von einer Regierung der Nationalen Einheit unter Präsident Bizimungu regiert wurde, übernahm die RPF ab 2000 unter Kagame die alleinige Regierungsverantwortung. Seitdem hat sie ihre Macht im Land konsolidiert. Eine nennenswerte politische Opposition gibt es im Land nicht. Immer wieder werden oppositionelle Politiker:innen mit Bezug auf staatsgefährdende Aktivitäten oder vermeintliche Genozidideologie behindert und wird das Recht zur Bildung politischer Parteien eingeschränkt. So verbot die Regierung unter RPF-Führung Bizimungus neu gegründete Demokratische Erneuerungspartei (Parti démocratique pour le renouveau) als vermeintlich radikale Hutu-Partei. Der Politiker selbst wurde wenig später wegen der Vereinigung mit kriminellen Elementen und der Anstiftung zum Ungehorsam verhaftet durch die Polizei. Im Zuge der Wahlen 2010 inhaftierte die Polizei auch Victoire Ingabire, Präsidentin der Vereinigten Demokratischen Kräfte (Forces Démocratiques Unifiées), kurz nach ihrer Einreise nach Ruanda wegen Terrorismus und Genozidideologie sowie wegen Verschwörung gegen die Autoritäten und die verfassungsmäßigen Grundsätze mittels Einsatzes von Terrorismus und Waffengewalt. Im Oktober 2021 wurden etliche Mitglieder der Partei Entwicklung und Freiheit (Dalfa-Umurinzi) wegen der Verbreitung von Falschinformationen und schädlicher Propaganda mit der Absicht eine feindselige internationale Meinung gegen die ruandische Regierung hervorzurufen durch die Polizei verhaftet und anschließend durch die Judikative verurteilt.

Derlei Verfolgung betrifft jedoch nicht nur Politiker:innen sondern auch Personen des öffentlichen Lebens oder Aktivist:innen der Zivilgesellschaft, die das Narrativ des geeinten Ruanda oder die Vormachtstellung der RPF in Frage stellen. Schlagzeilen machte etwa der Tod des populären Sängers und Tutsi-Genozid Überlebenden Kizito Mihigo. Dieser veröffentlichte 2014 ein Lied, das nicht nur Mitgefühl mit den Opfern des Genozids 1994 ausdrückte, sondern auch Kriegsoptionen oder Opfern von Racheakten gedachte. Dies wurde als Angriff auf das öffentliche Narrativ angesehen, es gäbe keine Racheakte der RPF an Hutu. Mihigo wurde verhaftet und starb im Gewahrsam der Polizei. Offiziell lautet die Todesursache Selbstmord.

Ruandische Geheimdienste verfolgen nach [Informationen von Human Rights Watch](#) Oppositionelle auch jenseits der Staatsgrenzen. So wurde etwa der ehemalige

Hotelmanager des Hôtel des Mille Collines Paul Rusesabagina, der wegen seiner Rettung von 1.268 Menschen während des Genozids bekannt wurde, nach Angaben seiner Anwältin 2020 widerrechtlich aus Dubai entführt und in Ruanda vor Gericht gestellt. Rusesabagina ist Mitglied des oppositionellen Mouvement Rwandais pour la Changement Démocratique (Ruandische Bewegung für demokratischen Wandel) und soll dessen bewaffneten Arm mitfinanziert haben. Rusesabagina wurde in einem Verfahren, das von ausländischen Prozessbeobachter:innen als unfair beschrieben wird, zu 25 Jahren Haft verurteilt.

Nach Angaben von [Reportern ohne Grenzen](#) sind die ruandischen Geheimdienste auch an Repressionen gegen Reporter:innen und Blogger:innen aus dem In- und Ausland beteiligt. So wurden einige Verfahren gegen Journalist:innen für deren Nutzung von YouTube eingeleitet, weil diese sich nicht bei der Ruandischen Medienkommission registriert hatten.

Die Gleichstellung der Geschlechter ist in Ruanda weit fortgeschritten. So belegte Ruanda auf dem [Global Gender Gap Index 2020](#) den 9. Platz (noch vor Deutschland auf Platz 10) und unter den Ländern Sub-Sahara Afrikas den ersten Platz. Dabei ist die politische Gleichstellung am weitesten fortgeschritten. In der Verfassung ist etwa eine 30-Prozent-Quote für Frauen in den Nationalen Entscheidungsgremien verankert. Tatsächlich liegt die Frauenquote im Parlament derzeit bei über 60 Prozent. Auch in der Ehe genießen beide Geschlechter die gleichen Rechte.

Ebenfalls im Bereich der LGBTQIA+-Rechte ist Ruanda recht fortschrittlich. Im Jahr 2011 unterzeichnete die ruandische Regierung als einer von nur fünf afrikanischen Ländern die Gemeinsame Erklärung der UN zur Beendigung von Gewalttaten und damit verbundenen Menschenrechtsverletzungen aufgrund von sexueller Orientierung und Geschlechtsidentität ([‘Ending Acts of Violence and Related Human Rights Violations Based On Sexual Orientation and Gender Identity’](#)). Dennoch werden LGBTQIA+ in Ruanda oft stigmatisiert und teilweise auch von der Polizei, in Vergangenheit oft gestützt auf den im Strafgesetzbuch verankerten Schutz der öffentlichen Ordnung und Moral, verfolgt.

### Innere Lage im Empfängerland

#### Box 10

#### ***Politisches System; Auszug aus dem Transformationsatlas 2022 der Bertelsmann Stiftung***

*Rwanda continued to enjoy political stability and general security, low levels of corruption with liberal legal frameworks in place. The ruling Rwanda Patriotic Front Party continued to dominate the country with robust authority and tight control over civil society. These factors along with Rwanda’s weak opposition indicate that significant political and social unrest remains unlikely in the foreseeable future. The president and the circle of his top aides stand for an authoritarian developmental state. The ruling team is kept together by unquestioning loyalty and discipline in the tradition of the rebel movement, with which they once gained power. Defectors are not tolerated. There is generally very little room for power-sharing, an independent and vital civil society and freedom of expression.*

*A regional conflict occurred between with Uganda and Burundi, but escalation into war was deterred. However, a significant improvement of relations with the Democratic Republic of Congo (DRC) improved the prospects for peace in the country and region.*

*Administrative structures function throughout the country. The territorial administration has been strengthened and is exercising strict control over the people.*

*The role of the state in the economy has increased. The Rwandan government generally pursues liberal fiscal and market policies. However, a cluster of privileged enterprises under the control of the army and the dominant party have expanded their influence on the market. Agricultural and rural workers are economically controlled by the state through cooperatives managed by local administrations politically loyal to the ruling party. Economic growth has been somewhat higher in Rwanda than in the other member states of the East African Community (EAC), primarily because Rwanda receives larger sums of foreign aid, far above average. The development of industry, foreign direct investment (FDI) and tradable non-state services has remained below expectations. The national economy was in the last two decades guided by the long-term strategy, "Vision 2020," which set the goal to transform Rwanda into a middle-income country and an East African hub with modernized agriculture, knowledge-based industry and services. So far, the country has performed well in education, health care and curbing population growth. The mining sector is being reorganized, but production is still low. The Rwandan government was in the middle of an economic boom prior to the COVID-19 outbreak in early March 2020. In 2019, economic growth exceeded 10%, driven mainly by large public investments in implementation of the national strategy of transformation. Strong economic growth was expected in 2020, but this was affected by the outbreak of the pandemic. The pandemic disrupted the flow of goods and services. GDP growth for 2020 is expected to be less than 2%. Rwanda's main structural defects continue: a constant deficit in the balance of payments, increasing foreign debt, very modest industrialization, a small formal sector, high unemployment or underemployment of at least 40% of the labor force, insufficient progress of labor-intensive enterprises, increasing inequality between the upper 10% and the rest of the population (although inequality has decreased at the community level and across the ethnic divide) and high dependency on foreign aid.*

Quelle: <https://bti-project.org/en/reports/country-dashboard/RWA>

### **Korruptionsindex von Transparency International - Corruption Perceptions Index (2022)**

Im Jahresbericht 2022 von Transparency International, für den es in 180 Staaten Befragungen zur Wahrnehmung von Korruption bei Beamt:innen und Politiker:innen durchführte, erzielte Ruanda 51 Punkte (2021: 53 Punkte). Damit erzielt es genauso viele Punkte wie Malta und Saudi-Arabien. Deutschland erzielte 79 Punkte.

Quelle: <https://www.transparency.org/en/cpi/2022/>

### **Spannungen und innere Konflikte**

Als bestimmendes Ereignis in der Geschichte Ruandas gilt der Genozid von 1994, in dessen Zuge radikale Hutu zwischen April und Mitte Juli 1994 mehr als 800.000 Angehörige der Tutsi-Minderheit sowie gemäßigte Hutu und Twa töteten. Der Genozid endete mit der Machtübernahme der Ruandischen Patriotischen Front (RPF). Weit angelegte *Transitional Justice* Maßnahmen wie die sogenannten Gacaca-Gerichte, wurden durchgeführt, um die verschiedenen Bevölkerungsgruppen, Täter:innen wie Überlebende der Gewalt wieder zu versöhnen. Obwohl die politische Nutzung der Bezeichnungen „Hutu“

und „Tutsi“ inzwischen verboten sind und unter den Straftatbestand des Divisionismus fallen, sind die innergesellschaftlichen Spannungen nach wie vor spürbar bzw. drohen von im Nachbarland Kongo operierenden Gruppen wieder ins Land überzugreifen. So kam es 2019 etwa zu einem Angriff der RUD-Ururana, einer Splitterbewegung der revisionistischen Demokratischen Kräfte zur Befreiung Ruandas (Forces Démocratiques de Libération du Rwanda, FDLR). Da die Sicherheitskräfte hart gegen Divisionist:innen vorgehen (siehe [Rolle des Militärs in der Gesellschaft](#) & [Achtung der Menschenrechte im Empfängerland](#)), ist ein Wiederaufflammen dieser ethnischen Konflikte aber eher unwahrscheinlich.

Die politische Lage im inneren des Landes ist ansonsten weitestgehend ruhig. Es dominiert nach wie vor die Ruandisch Patriotische Front (Rwandan Patriotic Front, RPF). Die Herrschaft der RPF ist inzwischen sehr auf Präsident Kagame zugeschnitten, der 2017 mit 98,8 Prozent der Stimmen wiedergewählt wurde und verfassungsgemäß bis 2034 regieren könnte. Weil es keine nennenswerte Opposition im Land gibt, bewertet Freedom House mit 0 von 4 Punkten das Wahlverfahren jedoch als nicht frei und nicht fair.

Auch im Zuge der Corona-Pandemie kam es zu keinen größeren Protesten; weder gegen die angeordneten Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie noch wegen ihren ökonomischen Folgen.

## Erhaltung von Frieden, Sicherheit und Stabilität in der Region

### Geographische Lage

Die Republik Ruanda liegt in Ostafrika in der Region der Großen Seen, die neben Ruanda auch Burundi, Uganda, die östlichen Teile der Demokratischen Republik Kongo (DRK), Tansanias sowie Kenias umfasst. Das lediglich 26.338 km<sup>2</sup> große Ruanda grenzt im Norden an die Republik Uganda, im Osten bzw. Süd-Osten an die Vereinigte Republik Tansania, im Süden an die Republik Burundi und im Westen an die Demokratische Republik Kongo. Aufgrund seiner Höhenstruktur wird Ruanda auch „Land der tausend Hügel“ genannt.

Ende des 19. Jahrhunderts gliederte das Deutsche Reich das Gebiet, das zuvor jahrhundertlang durch eine Monarchie beherrscht wurde, in das deutsche Kolonialgebiet Deutsch-Ostafrika ein. Nach Ende des Ersten Weltkrieges sprach der Völkerbund es Belgien als Teil des Mandatsgebietes Ruanda-Urundi zu. Aus der Kolonialzeit stammt auch die Kategorisierung der Bevölkerung in „Hutu“, „Tutsi“ und „Twa“. Diese Bezeichnungen existierten zwar bereits vor Ankunft der Europäer, die Kolonialmächte luden diese aber rassistisch auf und erfasseten sie amtlich und machten sie damit zu exklusiven Kategorien. Der Genozid, der 1994 stattfand und mit der Regierungsübernahme der RPF endete, steht in diesem historischen Kontext. Die neue Regierung verbot schließlich die Verwendung der Begriffe „Hutu“ und „Tutsi“ und führte den Straftatbestand des Divisionismus ein, um den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken. Bei den meisten Ruander:innen ist Kinyarwanda die Muttersprache. Durch die koloniale Vergangenheit ist zudem Französisch weit verbreitet. Die RPF führte Englisch als weitere Amtssprache ein, da viele ihrer Kader aus dem Exil im englischsprachigen Uganda kamen und da Französisch ob der unrühmlichen Rolle Frankreichs während des Genozids (Frankreich hatte bis zuletzt das „Hutu“-Regime Juvénal Habyarimanas unterstützt) verpönt war.

### Politische Situation in der Region

Die Geschichte der Region der großen Seen ist von einer Vielzahl an gewaltsamen politischen Umbrüchen, staatlicher Fragilität (die DRK belegt auf dem State Fragility Index 2021 Platz 5, Burundi Platz 16, Uganda Platz 24 und Ruanda Platz 39), aber auch grenzüberschreitenden Gewalt und Vertreibungen geprägt. Hierzu gehören sowohl der ruandische Genozid als auch die sogenannten Kongo-Kriege, die die Beziehungen zwischen den Ländern auch heute noch prägen.

Historisch bedingt sind die Beziehungen insbesondere zwischen Ruanda und Burundi aber auch zwischen Ruanda und der Demokratischen Republik Kongo angespannt. Während Burundis regierende Partei, der Nationalrat für die Verteidigung der Demokratie (Conseil National Pour la Défense de la Démocratie – Forces de Défense de la Démocratie), aus einer Hutu-dominierten Befreiungsbewegung hervorging, die ein Tutsi-dominiertes Regime bekämpfte und stürzte, nahm die Geschichte in Ruanda den entgegengesetzten Lauf. Hier beendete die Tutsi-dominierte RPF die Hutu-Regierung von Habyarimanas. Aufgrund dieser Vorgeschichte sind radikale Hutu in Burundi davon überzeugt, dass Ruanda von Tutsi dominiert ist, die, von ihrer Überlegenheit überzeugt, einen Regime-Change in Burundi anstreben. Auf der anderen Seite bezichtigen radikale Tutsi in Ruanda die burundischen Hutu, die gleiche Ideologie wie die ruandischen Hutu zu teilen, welche für den Genozid verantwortlich waren. Beide Narrative werden regelmäßig durch Exilant:innen befeuert, die über ethnisch motivierte Unterdrückung im jeweiligen Heimatland berichten. Die ruandisch-burundischen Beziehungen erreichten im Jahr 2015 ihren Tiefstand, als Burundi den nördlichen Nachbarn beschuldigte, einen Putschversuch unterstützt zu haben. Burundi fand sich in seinen Vermutungen bestätigt, als viele der vermeintlichen Putschist:innen im Nachbarland Asyl erhielten, und schloss daraufhin die Grenzen. Inzwischen haben sich beide Länder nach einer Reihe von Treffen auf unterschiedlichen Ebenen (von der Außenministerial- und Provinzgouvernementsebene bis zum Austausch zwischen den Militärgeheimdiensten) wieder angenähert. Zuletzt nahm der ruandische Premier Kassim Majaliwa Majaliwa sogar an den Feierlichkeitenlässlich des 59. Jahrestages der burundischen Unabhängigkeit teil.

Auch Ruandas Verhältnis zu seinem westlichen Nachbarn, der Demokratischen Republik Kongo, ist immer wieder von Konflikten geprägt. Im Zentrum stehen dabei zumeist die beiden östlichen Regionen der DRK Nord- und Südkivu. Bereits im 18. Jahrhundert ließen sich dort zahlreiche *Banyarwanda* (Leute aus Ruanda) bzw. *Banyamulenge* (Ruandischsprachige) nieder, die dort immer noch als Fremde wahrgenommen werden und im Zentrum innergesellschaftlicher Konflikte standen. Übergriffe gegen diese Minderheiten führten mehrfach zu Konflikten zwischen den Ländern. Zudem diente die chronisch fragile Demokratische Republik Kongo häufig als Rückzugsraum für militante oppositionelle ruandische Gruppen, was Ruanda öfter zu direkten militärischen Interventionen im Nachbarland veranlasste.

Als 1994 die Reste der ehemaligen ruandischen Armee (Forces Démocratiques de Libération du Rwanda, FDLR) und ihre Verbündeten der sogenannten Interahamwe-Milizen (auf Kinyarwanda „diejenigen, die zusammen kämpfen“) vor der RPF in das damalige Zaire flohen, brachten sie ihre rassistische Ideologie und den Konflikt zwischen Hutu und Tutsi mit. Es kam zu Massakern und als Reaktion darauf zur Gründung von Selbstverteidigungsgruppen der Tutsi. Ab 1996 griffen ruandische Truppen direkt in den Konflikt ein und führten letztlich mit der Allianz der Demokratischen Kräfte für die Befreiung des

Kongo (Alliance des Forces Démocratiques pour la Libération du Congo, AFDL) unter Laurent-Désiré Kabila den Sturz des Mobutu-Regimes und das Ende Zaires herbei. Mit dem Krieg wurden die Ursachen des Konfliktes jedoch keineswegs beseitigt. Wenig später (1998 - 2003) kam es daher zum zweiten Kongo-Krieg, in dem Kabila versuchte die ehemaligen Verbündeten aus Ruanda des Landes zu verweisen. Diese wurden seitens der kongolesischen Bevölkerung als Besatzungsmacht wahrgenommen, weshalb Kabilas Rhetorik auf fruchtbaren Boden fiel. Auch im Dritten Kongo-Krieg (2004 - 2009) setzte sich der Konflikt um die ruandischsprachige Minderheit im Ostkongo fort. Unter Laurent Nkunda kämpften die Tutsi-Rebell:innen des Nationalkongress zur Verteidigung des Volkes (Congrès national pour la défense du peuple, CNDP) gegen die Zentralregierung, die sie der Kooperation mit der FDLR bezichtigte. Wieder intervenierte Ruanda, diesmal auf Seiten der kongolesischen Regierung, und ging gemeinsam mit ihr gegen die Kräfte der FDLR vor. Die CNDP wurde in die kongolesische Armee übernommen und transformierte sich in eine politische Partei. Teile der CNDP verließen jedoch die Armee wieder und gründeten die Bewegung 23. März (M23), die bis heute (mit Unterstützung Ruandas und Ugandas) in der Kivu-Region aktiv ist.

Neuerliche Spannungen zwischen der DRK und Ruanda entstanden angesichts erneuter Offensiven von M23 im Jahr 2022, konnten aber unter Vermittlung Angolas zunächst beigelegt werden. Um die Sicherheitslage im Osten der DRK zu erhöhen, soll eine Ostafrikanische Eingreiftruppe gebildet werden, an der keine ruandischen Truppen beteiligt sind.

Bessere, wenn auch nicht konfliktfreie Beziehungen pflegt Ruanda zu Uganda. Die Führer beider Länder eint eine gemeinsame Geschichte, da Ruandas Präsident Kagame im Exil in Uganda aufwuchs und dort als Leutnant in Musevenis National Resistance Army (NRA) kämpfte. Nach Musevenis Machtübernahme in Uganda unterstützte dieser die RPF in ihrem Angriff auf Ruanda. Auch in den Kongo-Kriegen kämpften beide Länder meist auf derselben Seite, auch wenn es im zweiten Kongo-Krieg zu Differenzen kam. So versuchten beide Länder ihren Einfluss im und ihren Zugriff auf die natürlichen Ressourcen, allen voran Gold und Diamanten aber auch Coltan und Edelhölzer, im Nachbarland zu vergrößern, indem sie unterschiedliche Konfliktparteien unterstützten.

Die Konflikte zwischen den Nachbarn eskalierten ab 2019, als Ruanda seinem Nachbarn vorwarf die Rebellengruppe RUD-Uranana zu unterstützen, welche ruandisches Territorium angriff. Uganda wiederum warf Kigali vor, illegale Spionagetätigkeiten in Uganda durchzuführen. Beide Länder legten daraufhin ihre Beziehungen auf Eis und schlossen die Grenzen. Erst nachdem sich die Beziehungen beider Länder verbessert hatten, wurden sie Anfang 2022 wieder geöffnet.

Trotz allem versucht Ruanda als Triebkraft der regionalen Integration etwa innerhalb der Ost-afrikanischen Gemeinschaft (East African Community, EAC) zu wirken und diese Rolle zu seinem Vorteil zu gestalten. So gilt Präsident Kagame innerhalb der Afrikanischen Union etwa als Wegbereiter der im Januar 2021 gestarteten Afrikanischen Freihandelszone (African Continental Free Trade Area, AfCFTA).

### **Grenzkonflikte**

Wie bereits erwähnt, ist die politische Situation in der Region, insbesondere zwischen Ruanda und Burundi, angespannt. Mit dem südlichen Nachbarn befindet sich Ruanda seit

1965 in einem Grenzstreit. Damals änderte der als Grenzfluss anerkannte Fluss Kanyaru seinen Lauf, was zu Konflikten zwischen lokalen Gemeinden führte, die das Gebiet landwirtschaftlich nutzen. Zudem gab es in der Vergangenheit auch zwischen der Demokratischen Republik Kongo und Ruanda Grenzkonflikte, weil Hutu-Milizen Angriffe von der DRK aus auf Ruandisches Gebiet unternahmen, während ruandische Streitkräfte auf dem Gebiet der DRK operierten bzw. dort lokale Milizen unterstützten. Um gegenseitige Anschuldigungen zu Grenzverletzungen verifizieren zu können, einigten sich beide Länder unter Vermittlung der UN auf einen Joint Verification Mechanism (JVM).

Dem gleichen Zweck dient ein Joint Technical Committee, auf das sich Ruanda und Uganda im Jahr 2007 verständigten. Dieses hat nicht nur die Aufgabe den Grenzverlauf in einigen Bereichen zu markieren, sondern soll auch grenzüberschreitende Sicherheits- und Kriminalitätsfragen diskutieren und so Spannungen reduzieren helfen.

### Regionale Rüstungskontrolle

Aufgrund seiner Erfahrungen mit Bürgerkrieg und Genozid sowie angesichts der Spannungen mit und Instabilitäten in Ruandas Nachbarländern ist die Regierung in Kigali bemüht, insbesondere das Problem der Kleinwaffenproliferation regional zu lösen. Das Land hat die sogenannte Kinshasa-Deklaration sowie das Nairobi Protokoll unterzeichnet, das darauf abzielt den illegalen Handel mit Klein- und Leichtwaffen in Zentralafrika zu beschränken bzw. die Anzahl dieser Waffen in der Region der Großen Seen und am Horn von Afrika zu reduzieren. Neben diesen regionalen Abkommen ist Ruanda auch Mitglied des Regional Centre on Small Arms (RECSA), das den Kampf gegen die Proliferation von Klein- und Leichtwaffen in der Region der großen Seen und dem Horn von Afrika koordiniert und das Nairobi Protokoll umsetzt.

Die von der Kommission der Afrikanischen Union in Zusammenarbeit mit dem BICC (Bonn International Centre for Conflict Studies) betriebene [Arms Control Database](#), die Fortschritte bei der Umsetzung der Silence the Guns 2030-Initiative erfassen soll, verzeichnet für Ruanda 24 Aktivitäten. Das Land liegt damit im afrikanischen Vergleich im Mittelfeld, aber hinter seinen Nachbarländern.

### Bedrohung von Alliierten

#### Stationierung alliierter Streitkräfte in der Region

Derzeit befinden sich alliierte Truppen nur in einem von Ruandas vier Nachbarländern. In der Demokratischen Republik Kongo sind im Rahmen der Mission der Vereinten Nationen für die Stabilisierung in der Demokratischen Republik Kongo (MONUSCO) Soldat:innen aus Belgien (1), Tschechien (2) Frankreich (4), Polen (1), Rumänien (8), dem Vereinigten Königreich (3) sowie den USA (3) präsent.

Im Rahmen der Operation Crocodile, einer kanadischen Unterstützungsmission zur MONUSCO sind überdies sieben kanadische Soldat:innen in der Demokratischen Republik Kongo stationiert.

## Verhalten in der internationalen Gemeinschaft

Tabelle 13

**Beitritt zu wichtigen Anti-Terrorismus-Abkommen**

Abkommen	Status	Quelle
Konvention zur Unterdrückung von Flugzeugentführungen von 1971	Beigetreten	<a href="http://www.icao.int">http://www.icao.int</a>
Konvention zum Schutz bestimmter Personen, einschließlich Diplomaten von 1977	Beigetreten	<a href="http://treaties.un.org">http://treaties.un.org</a>
Internationale Konvention gegen Geiselnahmen von 1983	Beigetreten	<a href="http://treaties.un.org">http://treaties.un.org</a>
Konvention zum physischen Schutz nuklearen Materials von 1987	Beigetreten	<a href="http://www.iaea.org">http://www.iaea.org</a>
Konventionen zur Markierung von Plastiksprengstoff von 1998	Nicht beigetreten	<a href="http://www.icao.int">http://www.icao.int</a>
Internationale Konvention zur Unterdrückung terroristischer Bombenanschläge von 2001	Beigetreten	<a href="http://treaties.un.org">http://treaties.un.org</a>
Internationale Konvention zur Unterdrückung der Finanzierung terroristischer Organisationen von 2002	Beigetreten	<a href="http://treaties.un.org">http://treaties.un.org</a>
Internationale Konvention zur Unterdrückung von Handlungen des Nuklear-Terrorismus von 2007	Unterzeichnet, nicht beigetreten	<a href="http://treaties.un.org">http://treaties.un.org</a>

**Kommentar**

Ruanda ist der Mehrzahl der wichtigen Anti-Terrorismus-Abkommen ohne Einschränkungen beigetreten. Die Internationale Konvention zur Unterdrückung von Handlungen des Nuklear-Terrorismus von 2007 hat Ruanda unterzeichnet, bisher jedoch nicht ratifiziert. Einzig der Konvention zur Markierung von Plastiksprengstoff ist Ruanda nicht beigetreten. Da es bisher nicht als Produzent von Plastiksprengstoffen in Erscheinung getreten ist, hat dies jedoch keine gravierenden negativen Auswirkungen.

**Internationale Kriminalität**

Tabelle 14

**Beitritt zu internationalen Abkommen in der Kriminalitätsbekämpfung**

Abkommen	Status	Quelle
Konvention gegen Transnationale Organisierte Kriminalität von 2003	Beigetreten	<a href="http://treaties.un.org">http://treaties.un.org</a>
Zusatzprotokoll (a) zur Unterdrückung von Menschenhandel (2003)	Beigetreten	<a href="http://treaties.un.org">http://treaties.un.org</a>
Zusatzprotokoll (b) gegen den Schmuggel von Auswanderern (2004)	Beigetreten	<a href="http://treaties.un.org">http://treaties.un.org</a>

Abkommen	Status	Quelle
Zusatzprotokoll (c) gegen die unerlaubte Herstellung und den Transport von Feuerwaffen (2005)	Beigetreten	<a href="http://treaties.un.org">http://treaties.un.org</a>

### Kommentar

Ruanda ist allen relevanten internationalen Abkommen zur Bekämpfung von Kriminalität beigetreten.

Insbesondere im Kampf gegen die illegale Verbreitung und Ausfuhr von Klein- und Leichtwaffen ist es recht aktiv. So erließ das Land in 2009 ein Gesetz (Gesetz 33/2009), das zwar den privaten Besitz von Feuerwaffen erlaubt, diesen aber gleichzeitig regelt und eine verbindliche Registrierung der Waffen vorschreibt. Ruanda ist auch Mitglied des Regional Centre on Small Arms (RECSA), das den Kampf gegen die Proliferation von Klein- und Leichtwaffen in der Region der großen Seen und dem Horn von Afrika koordiniert. Zu den Aktivitäten von RECSA gehörte u. a. eine Initiative zur Markierung von Kleinwaffen. Einem Bericht des BICC zufolge gehörte Ruanda in dieser Initiative zu den Vorreitern. Seit 2016 führte RECSA in Kooperation mit ruandischen Sicherheitskräften vier Kurse zu Weapons and Ammunition Management (WAM) in Ruanda durch, um die Gefahr der Abzweigung von Waffen in Beständen der RDF zu vermeiden. Bekannte Kapazitäten zur eigenen Kleinwaffenproduktion besitzt Ruanda derzeit (noch) nicht.

Auch für den internationalen Drogenhandel spielt Ruanda nach Angaben des [Global Organized Crime Index](#) keine große Rolle. Dies liegt unter anderem an den sehr harten Drogengesetzen im Land, das bereits Cannabis als sehr starkes Betäubungsmittel einstuft. Artikel 263 des Gesetzes Nr. 68/2018 vom 30.08.2018 legt die Strafen für Herstellung, Besitz und Handel mit starken Betäubungsmitteln mit Freiheitsstrafen zwischen 20 Jahren und lebenslänglich sowie Geldstrafen zwischen 20 und 30 Millionen ruandischen Francs (ca. 20.000 bis 30.000 Euro) fest. Zudem setzt die ruandische Polizei vermehrt auf das Mittel des sogenannten Community Policing und die Neighbors' Eye (Ijisho ry'umuturanyi) Initiative, um den Drogenhandel und -konsum einzudämmen.

Das größte Problem im Bereich der organisierten Kriminalität in Ruanda bildet der Menschenhandel. Noch immer werden Menschen in Ruanda als Zwangsarbeiter:innen in Haushalten, der Landwirtschaft, dem Bergbau und im Dienstleistungssektor als ausgebeutet oder als Prostituierte in Hotels angeboten. Zwar existiert seit 2018 ein Gesetz zur Bekämpfung des Menschenhandels, das Freiheitsstrafen von 10 bis 15 Jahren (20 bis 25 Jahre bei grenzüberschreitenden Straftaten) vorsieht, sowie eine dem Rwanda Investigation Bureau (RIB) unterstehende 15-köpfige Anti-Trafficking-Unit. Trotzdem sind diese Maßnahmen in der Praxis unzureichend. Nach dem [Trafficking in Persons Report 2021](#) des US Department of State erfüllt die Regierung Ruandas trotz erheblicher Anstrengungen die Mindeststandards für die Beseitigung des Menschenhandels nicht vollständig. Nach dem Bericht verstärkte die Regierung zwar ihre Bemühungen, Opfer von Menschenhandel zu identifizieren und sie in Betreuungseinrichtung aufzunehmen. Was jedoch die Zahl der Ermittlungen bzw. der Verurteilungen im Bereich Menschenhandel 2021 angeht, blieben die Behörden hinter denen des Vorjahres zurück. Zudem verfüge die Regierung über kein Programm zur Unterstützung von Zeugen und keine Schutzräume für männliche Opfer.

Tabelle 15

**Ausgewählte völkerrechtliche Vereinbarungen**

Abkommen	Status	Quelle
Völkermord-Konvention von 1951	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Genfer Konvention zum Schutz von Zivilisten in Kriegszeiten von 1950	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Zusatzprotokolle zur Genfer Konvention von 1950 zum Schutz von Opfern in bewaffneten Konflikten von 1978	Beigetreten (unter Vorbehalt)	SIPRI Jahrbuch
Internationaler Strafgerichtshof (Römisches Statut) von 2002	Nicht ratifiziert	<a href="http://treaties.un.org">http://treaties.un.org</a>
Anti-Korruptions-Konvention von 2005	Beigetreten	<a href="http://treaties.un.org">http://treaties.un.org</a>

**UN-Berichterstattung**

Ruanda hat 2001 seinen ersten und bisher einzigen Bericht gegenüber dem [UN-Waffenregister](#) UNROCA eingereicht. Darin werden einige Importe verzeichnet. Eigene Exporte tätigte das Land demnach nicht. Auch im Rahmen des UN-Registers für [Militärausgaben](#) übermittelte das Land bisher keine Daten.

Ruanda ist bis dato kein Mitglied des [Internationalen Waffenhandelsvertrages](#) (ATT) und übermittelt daher auch keine Berichte. Das Land hat den Vertrag zwar 2013 unterzeichnet, bisher aber nicht ratifiziert. Der ehemalige Justizminister Johnston Busingye erklärte 2018 nochmals Ruandas Bekenntnis zum ATT. Warum die Ratifizierung bis heute aussteht, ist unklar. Im Rahmen des [Programme of Action](#) on small arms and light weapons berichtet Ruanda dagegen seit 2018 regelmäßig im zweijährigen Turnus. Zuvor übermittelte es Berichte in den Jahren 2005, 2008 und 2010.

**Unerlaubte Wiederausfuhr**

Wie bereits im Abschnitt über die [Politische Situation in der Region](#) dargelegt, bestehen enge Verbindungen zwischen Ruanda und der in der DRK operierenden M23. So legte die Expert:innengruppe der Vereinten Nationen für die Demokratische Republik Kongo dem UN Sicherheitsrat am 4. August 2022 einen geheimen Bericht vor, der etliche Beweise dafür aufführte, dass M23 Truppen nicht nur mit Ausrüstung wie Uniformen, Munition oder Waffen, sondern ihre Offensive auch direkt durch ruandische Truppen unterstützt wurden. Der UN-Sondergesandte für den Kongo, Bintou Keita, warnte den Sicherheitsrat bereits Ende Juni 2022, dass sich die M23 während ihrer jüngsten Offensiven zunehmend wie eine konventionelle Armee verhalten habe. Ruanda bestreitet jedoch jede Intervention in der DRK sowie die Unterstützung der M23.

In der [iTrace Datenbank](#) von Conflict Armament Research, die Fälle illegaler Wiederausfuhr dokumentiert, sind für Ruanda und die DRK keine Einträge vorhanden. Dennoch ist davon auszugehen, dass eine Weitergabe von Waffen an bewaffnete Gruppen in der DRK von Seiten Ruandas stattfand bzw. stattfindet.

## Wirtschaftliche und technische Kapazität des Landes

### Box 11

#### *Auszug aus dem Transformationsatlas 2022 der Bertelsmann Stiftung*

*Rwanda is one of the smallest but most densely populated countries in Africa. The population is still growing, from once 2.1 million in 1950 to 13.1 million in 2021. More than two-thirds of the population lives in rural areas. Thus, the majority of the population, as well as the economy, still depends on agriculture. The government clusters as many people as possible in cooperatives to increase agriculture productivity. The government also promotes the use of modern technology in the agricultural sector. However, this latter measure leaves increasing numbers of farmers unemployed.*

*Alternative employment opportunities in commercial enterprises on state-owned land, in agriculture and in mining will only partially compensate for this. The population living in the capital and other cities is increasing. The implementation of Vision 2020 (now Vision 2035) is a slowly-moving one. Light jobs in industry have emerged, mainly created by foreign private investments. In the cities, especially in the booming capital Kigali, the majority of the people work in social services, transport and trade, construction and utilities, finance and real estate. There are small upper and middle classes, about 10% of the population, consisting of civil servants, soldiers, party officials, professionals and business leaders, a class with of mostly one ethnicity, the bias for which emerged from the 1994 upheavals and that has benefited and will continue to benefit most from government policies.*

*Poverty rates continue to decline. The most recent poverty data dates back to 2017. In 2017, poverty was 37% (compared to 60% in 2001). Extreme poverty declined too (16.0% in 2017). However, this decline is mainly due to developments in the capital Kigali, which has a poverty rate of only 13.8%. Rwanda has the highest inequality rate in East Africa. The income of the richest 10% is 3.2 times higher than that of the poorest 40%. Although there has been social progress, such as improvements in health care, literacy rates and gender equality, the HDI rank has stagnated at around 0.5 since 2005.*

*The structural social and economic exclusion of large population groups without prospects could lead to severe frustration with the risk of violent outbreaks. There is a genuine effort by the government to promote inclusion and to fight inequality across the spectrum by enacting pro-poor policies and putting emphasis on human security needs. It is hoped that the government will dismantle existing social barriers and recognize that new jobs for less skilled people in the formal sector are as important as the development of a knowledge-based economy for the middle and upper classes. COVID-19 had a significant impact on those with limited resources due to strict lockdown measures. Furthermore, poverty, youth unemployment in the transportation sector, women's unemployment in informal trade, unemployment in the hospitality industry and among everyone who depends on jobs in the informal sector increased due to COVID-19 prevention measures. Thus, inequality will increase.*

Quelle: <https://atlas.bti-project.org/>

Tabelle 16

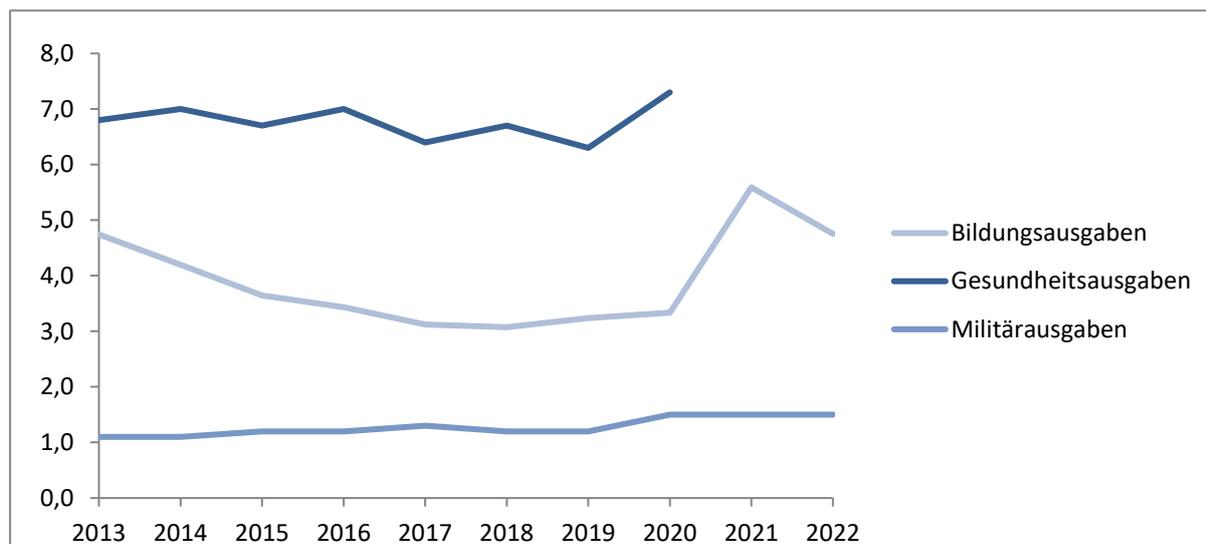
**Anteile Militärausgaben, Gesundheitsausgaben und Bildungsausgaben am BIP (in%)**

	2018	2019	2020	2021	2022
Militärausgaben (in Millionen US-Dollar)	118	124	143	168	170
Militärausgaben/BIP	1,2	1,2	1,5	1,5	1,5
Gesundheitsausgaben/BIP	6,7	6,3	7,3	-	-
Bildungsausgaben/BIP	3,1	3,2	3,3	5,6	4,8

Angaben in konstanten Preisen mit 2021 als Basisjahr.

Quellen: SIPRI Military Expenditure Database, World Bank Data (World Development Indicators)

Schaubild 5

**Entwicklung Anteile Militärausgaben, Gesundheitsausgaben und Bildungsausgaben am BIP (in %)**

Quellen: SIPRI Military Expenditure Database (Militärausgaben); World Bank Data (World Development Indicators)

Tabelle 17

**Absolute Auslandsverschuldung/Anteil am BIP und Entwicklungshilfe**

	2017	2018	2019	2020	2021
Auslandsverschuldung	5076	5681	6515	8194	8994

	2017	2018	2019	2020	2021
Anteil am BIP (in Prozent)	54,9	59	63	80,5	81,4
Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (ODA)*	567,64	534,94	606,08	600,45	658,04
Net ODA (% of GNI)*	5,67	5,36	5,6	5,73	6,07
Deutsche ODA Zahlungen*	51,87	48,93	49,35	64,04	100,79

Angaben in aktuellen Preisen (Mio. US\$) (Auslandsverschuldung); ODA in konstanten Mio. US\$ (2021); Net ODA (% of GNI) in aktuellen Preisen; Deutsche ODA Zahlungen in konstanten Mio. US\$ (2021).

Quelle: Weltbank, IMF, OECD\*

**Tabelle 18**

**Globaler Militarisierungsindex – Wert und Platzierung**

	2018	2019	2020	2021	2022
Militarisierungswert	95,6	95,9	100,3	101,4	103,1
Index-Platzierung	79	81	81	78	72

**Tabelle 19**

**Globaler Militarisierungsindex – Wert und Platzierung der Nachbarstaaten**

		2018	2019	2020	2021	2022
Uganda	Militarisierungswert	78,1	89	111,4	110,7	101,6
	Index-Platzierung	109	91	67	66	73
Burundi	Militarisierungswert	116,9	126,7	119,4	111,1	121,4
	Index-Platzierung	56	53	56	64	51
Tansania	Militarisierungswert	69	68,2	68,9	69,3	69,3
	Index-Platzierung	116	120	118	116	112
Kongo, Dem. Rep.	Militarisierungswert	53,7	55,3	55,5	49,1	49,8
	Index-Platzierung	134	134	136	140	138

Quelle: Globaler Militarisierungsindex (GMI) – Bonn International Center for Conversion (BICC)

Der Globale Militarisierungsindex (GMI) bildet das relative Gewicht und die Bedeutung des Militärapparats eines Staates im Verhältnis zur Gesellschaft als Ganzes ab. Daten basieren auf dem GMI 2023.

<https://gmi.bicc.de/ranking-table>

Tabelle 20

**Militärausgaben der Nachbarstaaten absolut und am BIP in Prozent**

		2018	2019	2020	2021	2022
Dem. Rep. Kongo	Militärausgaben (absolut)	308	356	367	306	346
	Militärausgaben/BIP	0,6	0,7	0,7	0,5	0,6
Uganda	Militärausgaben (absolut)	463	710	1048	1067	897
	Militärausgaben/BIP	1,2	1,8	2,7	2,6	2,1
Tansania	Militärausgaben (absolut)	655	663	704	760	807
	Militärausgaben/BIP	1,1	1,0	1,1	1,1	1,1
Burundi	Militärausgaben (absolut)	68	92	71	68	89
	Militärausgaben/BIP	2,2	2,8	2,2	2,0	2,8

Angaben in konstanten Mio. US\$ (2021).

Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

Tabelle 21

**Human Development Index (HDI)**

	2017	2018	2019	2021	2021
HDI-Wert	0,526	0,528	0,534	0,532	0,534

Quelle: <https://hdr.undp.org/data-center/country-insights#/ranks>

Der HDI ist ein Wohlstandsindikator und variiert zwischen 1 (beste Entwicklungsstufe) und 0 (geringe Entwicklung). Die Länder werden in vier Klassen eingeteilt: sehr hohe, hohe, mittlere und niedrige menschliche Entwicklung. Die Berechnung des HDI basiert auf den Kategorien Gesundheit (Lebenserwartung), Bildung und dem Bruttonationaleinkommen.

**Kommentar****Zusammenfassung:**

Ruanda gehört der Weltbank zufolge mit einem Pro-Kopf-Nationaleinkommen von 930 US-Dollar (2022) zu den Ländern mit einem niedrigen Einkommen („low income economies“). Auf dem Global Competitiveness Index belegt es Platz 100 von 141 Staaten. Ruanda ist hoch verschuldet und gehört zu den ärmsten Ländern weltweit. Dem Human Development Index zufolge weist es 2021 eine „niedrige menschliche Entwicklung“ auf. Es zählt zu den sogenannten Least Developed Countries (LDC) und steht hinsichtlich der Erreichung zahlreicher Sustainable Development Goals vor erheblichen Herausforderungen. Parallel dazu verfügt es über einen moderaten Militarisierungsgrad.

Rüstungsexporte nach Ruanda laufen auf Basis von Kriterium 8 des Gemeinsamen Standpunktes Gefahr, die Entwicklung des Landes negativ zu beeinflussen.

### **Wirtschaftliche Leistungsfähigkeit**

Laut Weltbank gehört Ruanda mit einem Pro-Kopf Nationaleinkommen von 930 US-Dollar im Jahr 2022 zu den Ländern mit einem niedrigen Einkommen („low income economies“). Erklärtes Ziel der RPF-Regierung ist es, das Land bis 2035 in eine „middle income economy“ und bis 2050 in eine „high income economy“ zu transformieren, was als sehr ambitioniert zu bezeichnen ist. Ruanda zählt zu den HIPC (Heavily Indebted Poor Countries) und die Auslandsverschuldung gemessen am BIP betrug 2021 81,4 Prozent, was sehr hoch ist. Aktuell schuldet es dem IWF (Internationalen Währungsfonds) fast 376 Mio. US-Dollar. Auf dem Global Competitiveness Index erreichte Ruanda 2019 52,8 von 100 möglichen Punkten und rangiert damit auf Platz 100 von 141 Staaten. Auf demselben Ranking lag Deutschland 2019 auf Platz 7.

Ruanda weist eine ambitionierte Entwicklungsagenda auf, die insbesondere auf ein großes Programm zur Wirtschaftsförderung setzt. So wurde im Jahr 2009 das Rwanda Development Board (RDB) gegründet, um die Regierung bei der Unternehmensregulation, der Förderung von Tourismus und Auslandsinvestitionen sowie der Wirtschafts- und Entwicklungsplanung des Landes zu unterstützen. Im Jahr 2017 erließ die Regierung ein Sieben-Jahres-Programm (National Strategy for Transformation, NST1), das Entwicklungsziele fest schrieb. Dieses sieht u. a. ein Wirtschaftswachstum von 11,5 Prozent sowie Wachstumsraten im Agrarbereich von 8,5 Prozent, in der Industrie von 14 Prozent und im Dienstleistungsbereich von 7,5 Prozent vor. Zudem sollen jährlich über 200.000 neue Jobs geschaffen werden. Ruanda verzeichnete in den letzten zehn Jahren relativ konstant gute BIP-Wachstumsraten; eine Ausnahme bildet 2020, als Ruanda einen Negativwert von -3,4 Prozent im Zuge der COVID-19-Pandemie erfuhr. Im Folgejahr erholte sich das BIP-Wachstum jedoch wieder (10,9 Prozent) und 2022 betrug es 8,2 Prozent. Damit erfüllt Ruanda jedoch seine Zielsetzung von 11,5 Prozent BIP-Wachstum derzeit nicht. Der Anteil von Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Fischerei am BIP liegt bei fast einem Viertel (24,9 Prozent). Arbeiteten 2013 noch 73 Prozent der Beschäftigten in der Landwirtschaft, waren es 2021 55 Prozent, was jedoch immer noch ein sehr großer Anteil ist.

### **Soziale Entwicklung**

Mit einem Wert von 0,534 rangiert Ruanda auf Platz 165 von 191 Staaten auf dem Human Development Index (HDI) 2021 und zählt damit zu den Ländern mit einer „niedrigen menschlichen Entwicklung“, wie auch die Nachbarstaaten Tansania (Rang 160), Uganda (Rang 166), Demokratische Republik Kongo (Rang 179) und Burundi (Rang 187). Zum Vergleich: Deutschland liegt 2021 auf dem neunten Platz. Laut Gender Development Index (GDI) gehört Ruanda mit einem Wert von 0,954 zu den Ländern mit „mittlerer bis hoher“ Gleichheit in den HDI-Ergebnissen zwischen den Geschlechtern. Ruanda gehört seit 1971 zu der von den UN geführten Liste der „Least Developed Countries“ (LDC). Das Verhältnis von Öffentlicher Entwicklungszusammenarbeit (ODA) am Bruttonationaleinkommen (BNE) betrug der Weltbank zufolge 2021 12,1 Prozent.

Die Arbeitslosigkeit in Ruanda belief sich 2022 auf 13 Prozent, was ein hoher Anteil ist. Die Jugendarbeitslosigkeit liegt noch darüber: 2022 waren 17,4 Prozent der Jugendlichen

arbeitslos. Dementsprechend steht Ruanda hinsichtlich der Erzielung von Sustainable Development Goal (SDG) 8 („decent work and economic growth“) laut [Sustainable Development Report](#) vor erheblichen Herausforderungen. Ruanda ist eins der ärmsten Länder weltweit. 2016 – aktuellere Weltbank-Daten liegen nicht vor – lebten 78 Prozent der Ruander:innen in Armut mit maximal 3,65 US-Dollar am Tag und 52 Prozent der Ruander:innen mit maximal 2,15 US-Dollar sogar in extremer Armut. Folglich attestiert auch der Sustainable Development Report, dass Ruanda hinsichtlich der Erreichung von SDG 1 („no poverty“) vor erheblichen Herausforderungen steht, während der entsprechende Score auch noch stagniert. Ähnlich sieht es hinsichtlich SDG 2 („zero hunger“) aus, wo insbesondere der Indikator zu Unterernährung erhebliche Herausforderungen für Ruanda sieht und sich der entsprechende Score aktuell sogar noch verschlechtert. Mit erheblichen Herausforderungen sieht sich Ruanda u. a. auch in Hinblick auf SDG 3 („good health and well-being“), 4 („quality education“), 5 („clean water and sanitation“) und 10 („reduced inequalities“) konfrontiert. In Hinblick auf SDG 10 ist auf den hohen Gini-Koeffizienten von 43,7 (2016) zu verweisen, den Ruanda auf dem Gini-Index, welcher die Ungleichheit in einem Land misst, erzielt.

In der Tat wurden jedoch in einigen Bereichen auch große Fortschritte erzielt. So stieg etwa die Lebenserwartung deutlich von 31 Jahren 1995 auf 66 Jahre 2021. Damit liegt sie deutlich höher als in den Nachbarländern Uganda (63 Jahre) und der Demokratischen Republik Kongo (61 Jahre). Auch die Säuglingssterblichkeit konnte auf 18 pro 1.000 Geburten 2021 gesenkt werden. Damit nähert sich Ruanda beachtlich der Zahl 12 an, die nach den UN in SDG 3 bis 2030 angestrebt wird. Dies liegt vor allem an dem ruandischen Gesundheitssystem, das zu den besten Afrikas gehört. Ruanda verfolgt ein universelles Versorgungsmodell, das auf einem verpflichtenden, gemeinschaftsbasierten Krankenversicherungssystem, den mutuelles de santé, beruht. Mitglieder der Kommunen zahlen dabei in einen lokalen Gesundheitsfonds ein, aus dem die medizinische Versorgung gezahlt wird. Bei den Beiträgen gilt ein Solidarprinzip, bei dem Wohlhabende höher belastet werden, während die Ärmsten medizinische Leistungen kostenlos in Anspruch nehmen können. Auch im Bereich der Bildung machte Ruanda Fortschritte. Ruanda besitzt eine Schulpflicht für die sechsjährige Grund- und die ersten drei Jahre der Sekundärschule. Kinder dürfen demnach neun Jahre kostenlos die Schule besuchen. Nach offiziellen Statistiken des [National Institute of statistics of Rwanda](#) schlossen 2019 95 Prozent der Schüler:innen die Grund- und 86 Prozent die ersten drei Jahre der Sekundärschule erfolgreich ab. Die offiziellen Betreuungszahlen liegen dabei offiziellen Angaben zufolge bei 30 Schüler:innen pro Lehrkraft. Laut [UNICEF](#) sind die Betreuungszahlen in den Grundschulen jedoch deutlich höher. UNICEF zufolge bleibt die Zahl der qualifizierten Lehrer:innen eindeutig hinter dem Bedarf zurück, wodurch der Betreuungsschlüssel in den Grundschulen auf 63 Schüler:innen pro Lehrkraft stieg und die Abschlussquote auf 71 Prozent sank. Das Fachpersonal für Schulen fehlt auch deshalb, weil die offizielle Anzahl der Studierenden in der Tertiärbildung mit 739 pro 100.000 Einwohner:innen noch recht niedrig ist. Hier erzielte Ruanda über die letzten Jahre kaum Fortschritte.

Während Ruanda in den letzten zehn Jahren durchschnittlich 6,8 Prozent/BIP ins Gesundheitssystem und 3,9 Prozent/BIP ins Bildungssystem investierte, beliefen sich die Militärausgaben auf durchschnittlich 1,3 Prozent/BIP. Sie sind jedoch seit 2013 (1,1 Prozent/BIP) kontinuierlich gestiegen und betragen 2022 1,5 Prozent am BIP. Die vergleichsweise niedrigen Militärausgaben kommen wahrscheinlich dadurch zustande, dass sich

das Militär durch eigene ökonomische Aktivitäten aber auch UN-Missionen querfinanziert. Die Daten sind daher mit Vorsicht zu genießen und die wahren Ausgaben dürften deutlich höher liegen. Auf dem Globalen Militarisierungsindex (GMI), welcher misst, welche Ressourcen ein Staat seinem Militärapparat im Verhältnis zu anderen gesellschaftlichen Bereichen zuweist, belegt Ruanda 2023 Platz 72 von 149 Staaten, was einer moderaten Militarisierung entspricht.

Vor dem Hintergrund, dass Ruanda immer noch zur Gruppe der LDC gehört, ein HIPC ist und dem HDI zufolge nur eine „niedrige menschliche Entwicklung“ aufweist, sind die steigenden Militärausgaben als „kritisch“ zu bewerten. Vor diesem Hintergrund laufen Rüstungsexporte nach Ruanda auf Basis von Kriterium acht des Gemeinsamen Standpunktes Gefahr, die Entwicklung des Landes negativ zu beeinflussen.

bicc \  
Bonn International Centre for Conflict Studies GmbH

Pfarrer-Byns-Straße 1, 53121 Bonn, Germany  
+49 (0)228 911 96-0, bicc@bicc.de

www.bicc.de  
www.facebook.com/bicc.de  
twitter.com/BICC\_Bonn



---

Direktor  
Professor Dr. Conrad Schetter

HERAUSGEBER  
Dr. Markus Bayer

SONSTIGE MITARBEIT  
Rolf Alberth  
Stella Hauk  
Fiona Wilshusen  
Paul Rohleder

LAYOUT  
BICC

VERÖFFENTLICHUNG  
26.01.2024

Dieser Bericht wurde erstellt im Rahmen des Projekts „Sicherheit, Rüstung und Entwicklung in Empfängerländern deutscher Rüstungsexporte“. Das Projekt wird vom Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) gefördert.

